:antifaschistische nachrichten
Nr. 14
g 3336 3.7.2003 19. jahrg./issn 0945-3946 1,30 €
www.antifaschistische-nachrichten.de

Brigitte Bardot und der gemütliche Faschismus

Die Regenbogenpresse in Europa tobt: Wie kann man ein Buch öffentlich kritisieren, das von einem nationalen Symbol – und anscheinend nicht von einem verantwortungsfähigen Individuum – verfasst worden ist? Noch dazu, wenn es einige Wochen lang die Bestsellerlisten anführt, mit 120.000 im Inland verkauften Exemplaren binnen eines knappen Monats?

Am 7. Mai 03 erschien im Verlag Le Rocher das jüngste Buch der Ex-Schauspielerin Brigitte Bardot unter dem Titel „Un cri dans le silence“ (Ein Schrei in der Stille). Nun konnte man auf einiges gefasst sein, denn seit einigen Jahren ist bekannt, dass das frühere Sexsymbol mittlerweile die Tiere den Menschen vorzieht. Nein, nicht, dass sie die Zoophilie praktizieren würde: Auf der Flucht vor dem Publikumsrummel hat die frühere Traumfrau so manches Kinobesuchers der prüden fünfziger Jahre ihr Herz für die notleidende Kreatur entdeckt. An der Spitze der nach ihr benannten Tierschutzstiftung setzt sie sich eifrig für in der Urlaubssaison ausgesetzte Hunde und andere vierbeinige Freunde ein. So weit, so gut – wenn da nicht die Kehrseite wäre: Die Menschen verachtet sie zugleich umso mehr, jedenfalls viele von ihnen. Bereits Mitte der neunziger Jahre machte „BB“ durch rassistische Ausfälle auf sich aufmerksam, zu denen das muslimische Schächten von Schlachttieren ihr Anlass bot.

Fortsetzung Seite 9

Aus dem Inhalt:

Die braune Geschichte von SV Werder Bremen 7
Hamburg: Altersheraufsetzungen durch Ausländerbehörde 12



Sofortige Entschädigung aller NS-Opfer und deren Hinterbliebener!

Berlin. Am Donnerstag, den 26. Juni 2003 hat ein Dutzend AktivistInnen der Antifaschistischen Linken Berlin [ALB] vorübergehend Räume des Berliner Goethe-Institutes in der Neuen Schönhauser Straße 20 in Berlin-Mitte besetzt. Sie wollten damit ihrer Forderung nach sofortiger Entschädigung aller Opfer des NS-Terrors und deren Hinterbliebener Nachdruck verleihen.

Anlass war die Urteilsverkündung des Bundesgerichtshofes (BGH) in Karlsruhe über Schadenersatzansprüche gegen die Bundesrepublik Deutschland wegen eines vor fast 60 Jahren stattgefundenen Verbrechens. Nach einer halben Stunde beendete die ALB die Aktion – die AktivistInnen verließen das Gebäude.

Am 10. Juni 1944 hatte die faschistische Waffen-SS im griechischen Bergarbeiterdorf Distomo in der Nähe von Delphi als „Vergeltungsaktion“ für Partisanenaktivitäten ein Massaker unter der Bevölkerung angerichtet, dem 218 Einwohner des Dorfes – überwiegend Frauen und Kinder sowie ältere Menschen – zum Opfer fielen. Das Dorf wurde anschließend bis auf die Grundmauern niedergebrannt. Die KlägerInnen, deren Eltern bei dem Massaker ums Leben kamen, fordern von Deutschland, für die in der Nazi-Zeit begangenen Verbrechen zu haften und Schadenersatzansprüche zu begleichen. „Wir haben uns bewusst für die Besetzung des Goethe-Institutes entschieden, da dessen Eignerin die Bundesrepublik Deutschland, Rechtsnachfolgerin des Dritten Reiches, ist.

Bereits im September 2000 sollte unter anderem das Goethe-Institut in Athen nach einem Urteil des obersten Gerichtshofes Griechenlands Aeropag zwangsversteigert werden. Das Gericht hatte damals den Überlebenden und Hinterbliebenen der Opfer des Distomo-Massakers 56 Millionen D-Mark Schadenersatz zugesprochen, die Bundesregierung jedoch jegliche Zahlungen verweigert“, erklärt eine Aktivistin der ALB. „Auch“, so weiter, „habe die Bundesregierung damals diese Frage politisch klären wollen, passiert ist jedoch bisher nichts.“

Antifaschistische Linke Berlin ■

Deutschland muss zahlen! Entschädigung aller NS-Opfer – sofort!

Herbsttagung in Ilfeld/Südharz

ILFELD/SÜDHARZ. Im Waldhotel „Hufhaus“ finden vom 24. bis 26. Oktober wieder die diesjährigen „Tage Deutscher Gemeinschaft“ statt, die von dem vorbestraften ehemaligen stellvertretenden NPD-Parteivorsitzenden Günter Deckert organisiert werden. Als Referenten bei diesem „Leser- und Aktivistentreffen“, das seinen Ursprung in den Herbsttagungen der Leserschaft der neofaschistischen Zeitschrift „Recht und Wahrheit“ des Georg Albert Bosse hat, werden u.a. Jürgen Schwab, Autor u.a. im NPD-Organ „Deutsche Stimme“, Dr. Walter Post, Referent u.a. bei den sog. „Republikanern“ und Richard Miosga vom „Deutschen Rechtsbüro“ angekündigt.

hma ■



Kameradschaftsabend in NRW

DUISBURG. Zu einem „großen Kameradschaftsabend“ am Samstag, den 2. August, laden die „Jungen Nationaldemokraten“ (JN) in der NPD Nordrhein-Westfalen ein. Anmeldungen für die Teilnahme an der Veranstaltung, deren Ort nicht genannt wird, nimmt der JN-Landesverband mit Postfach in Duisburg entgegen. *hma* ■

Zwei Jahre gesucht

ÖSTERREICH/WIEN. Der wegen des Verdachts der NS-Wiederbetätigung seit zwei Jahren gesuchte Dipl. Ing. Wolfgang Fröhlich ist in einer Wohnung in Wien festgenommen worden.

Der ehemalige Bezirksrat der FPÖ leugnete in seinen Schriften die Ermordung der Jüdinnen und Juden in Gaskammern und verschickte diese Materialien u.a. an Schulen. 1994 musste ihn die FPÖ, nachdem der Bezirksrat von einer „multikulturellen Bastardisierung der Gesellschaft“ gesprochen hatte, aus der Partei ausschließen. 1995 referierte Fröhlich u.a. beim österreichischen „Freundeskreis für Kultur- und Zeitgeschichte“.

Bei seiner Festnahme hatte Fröhlich eine Liste mit einschlägigen Adressen bei sich, die nun von der Polizei ausgewertet wird. *hma* ■



Rechtsextreme Mahnwache war Reinfall – CSU-Mitglieder und Neonazis Seite an Seite

MÜNCHEN. Ein Reinfall wurde die vom rechtsextremen Netzwerk „demokratie direkt e.V.“ organisierte „große Mahnwache“ zum Gedenken an den Volksaufstand vom 17. Juni. Nur knapp ein Dutzend Rechtsextreme fanden sich am Stachuds ein, um – so die Ankündigung – gegen „Volksbetrug“, „Masseneinwanderung von Ausländern, kulturelle Verflachung und sexuelle Perversion“ zu demonstrieren.

Von Anfang an wurde der Infostand von rund 50 lautstark protestierenden Antifaschisten belagert. Die Polizei, die einen Kreis um die Rechten gebildet hatte, griff hart durch. Mindestens fünf Antifaschisten wurden festgenommen. Neben Roland Wuttke von der Deutschlandbewegung, der offensichtlich der Chefideologe von „Demokratie direkt“ ist, beteiligten sich auch Neonazis aus der Kameradschaft von Martin Wiese an der Aktion. Zwar forderten die Neonazis auf einem Transparent das Verbot der

Pressedoku zu Mittenwald

Eine 65seitige Pressedokumentation über die diesjährigen Proteste gegen das Pfingsttreffen des „Kameradenkreises der Gebirgstruppe“ in Mittenwald hat die VVN-BdA in Nordrhein-Westfalen herausgegeben. Erhältlich ist die Dokumentation über die Protestaktionen und das Hearing zum Preis von 3 Euro plus Porto bei der VVN-BdA, Gathe 55, 42107 Wuppertal.

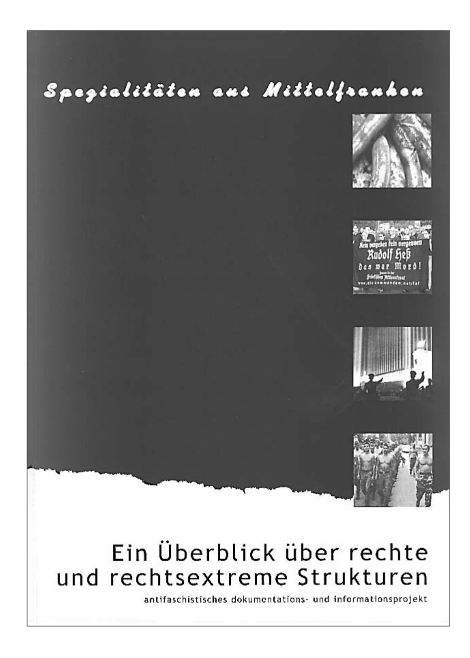
Broschüre zur Biopolitik

„Faschistisches Menschenbild, Gentechnik und Biopolitik. Herausforderungen an antifaschistische Arbeit“ heißt die neueste Broschüre der Landeskommission „Neofaschismus“ der VVN-BdA NRW und des Harmut-Meyer-Archivs. Die auf dem letzten Wochenendseminar beruhende Broschüre beschäftigt sich mit der „Bioethikdebatte in Deutschland“, der „Euthanasie“ und „ihren geistigen Wurzeln“, „Gentechnik bei BAYER“ und deren Kritikern, die „Forschung am Embryo“ und eine „neue Politik am Frauenkörper“ sowie mit der Gentechnologie-Kritik der sog. „Lebensschützer“. Für eine hohe inhaltliche Qualität der Beiträge verbürgen sich die Autoren Kurt Heiler, Volker van der Locht, Axel Köhler-Schnura, Erika Feyerabend und Jörg Kronauer. Erhältlich ist die Broschüre zum Preis von 3 Euro plus Porto bei der VVN-BdA, Gathe 55, 42107 Wuppertal.

Das nächste Seminar in NRW wird sich am 13./14.Dezember mit Geschichte, Aufbau und Funktion von Geheimdiensten befassen.

Spezialitäten aus Mittelfranken

Die Broschüre „Spezialitäten aus Mittelfranken“ gibt einen guten Überblick über „rechte und rechtsextreme Strukturen“ in Mittelfranken. Die mit Unterstützung der IG-Metall-Jugend u.a. herausgegebene Broschüre beleuchtet rechte Umtriebe in den verschiedenen Regionen Mittelfrankens, gibt einen Überblick über die dort tätigen rechten und rechtsextremen Publikationen und Organisationen und berichtet über antifaschistische Gruppen und Organisationen in der Region. Die von „argumente. netzwerk antirassistischer bildung e.v.“ herausgegebene, knapp 100 Seiten umfassende Broschüre, ist gegen Vorkasse von 3 Euro plus 1 Euro Porto erhältlich beim „antifaschistischen dokumentations- und informationsprojekt“ (adip), Königswarterstr. 16 in 90762 Fürth. *hma* ■



CSU, da diese angeblich rechts blinke, um dann doch links abzubiegen. Doch an der Nazimahnwache nahm auch ein gewählter Kreisrat der CSU teil. Auch der – bei dieser Aktion nicht anwesende – Münchner Sprecher von Demokratie direkt, Thomas S. Fischer ist bekennendes Mitglied der CSU.

In der CSU scheint es niemanden zu stören, dass einzelne Parteimitglieder unter dem irreführenden Namen „Demokratie direkt" mit Aktivisten der Deutschland Bewegung, Republikanern, NPD-Anhängern und die Schläger des Nationalen Widerstands zusammenarbeiten. Aber wie sagte schon Franz Josef Strauß: Mit Hilfstruppen darf man nicht zimperlich sein!

Ludwig König ■

Antifaschistische Kaffeefahrt

ERFURT. Am 5. Juli 2003 veranstaltet die Landesarbeitsgemeinschaft Antifaschismus/Antirassismus in Zusammenarbeit mit lokalen Initiativen eine Antifaschistische Bustour durch Thüringen. Ziel der ungewöhnlichen Aktionsform ist es vor Ort über neofaschistische Strukturen, Ideologien und Aktivitäten in Thüringen zu informieren. Daneben sollen aber auch Orte aufgesucht werden, in denen sich in der Vergangenheit rassistische Angriffe häuften. Weiter will die Bustour auf die zunehmenden Immobilienkäufe durch Neonazis und den weiteren Vormarsch der rechten Subkultur hinweisen. Mit dieser Bustour sollen aber auch die örtlichen Gegeninitiativen gestärkt werden. Im Rahmen dieser Veranstaltung wird eine Broschüre vorgestellt, in der die verschiedenen rechten Zentren, Treffpunkte, Läden und Häuser in Thüringen benannt werden. Die verschiedenen Beiträge, die auf der Tour verlesen werden, können Sie anschließend in Textform erhalten. Die Bustour startet am 5. Juli 2003 um 9.00 Uhr am Erfurter Hauptbahnhof. Die PressevertreterInnen sind herzlich eingeladen an den Kundgebungsstationen über die Bustour zu berichten.

Genaue Informationen zum Ablauf der Tour unter 0361/3772621 ■

Dokumentiert
16. Juni 2003: Der Stadtrat möge beschließen:
Der Antrag: Entkolonialisierung der Münchner Straßennamen

1. Dem Stadtrat wird dargestellt, welche Münchner Straßennamen in den zwanziger Jahren, vor allem aber nach der Machtergreifung der Nationalsozialisten nach Personen, Ereignissen und Orten aus der Geschichte der ehemaligen Deutschen Kolonien benannt sind. Hier wird insbesondere auf das sog. „Kolonialviertel" in Trudering Bezug genommen.
2. Dem Stadtrat wird ein Vorschlag unterbreitet, wie mit diesem Kolonialerbe umgegangen werden soll. Dabei wird aufgezeigt, welche Straßennamen aufgrund der Verbrechen der genannten Persönlichkeiten bzw. der Bezugnahme auf Schauplätze von Kolonialverbrechen auf alle Fälle umbenannt werden sollten, welche Straßennamen zumindest einer Ergänzung durch eine kleine erläuternde Tafel bedürfen und welche Bezeichnungen auch aus heutiger Sicht unproblematisch sind.
3. Für die umzubenennenden Straßen werden Vorschläge erarbeitet, die an die Opfer der deutschen Kolonialherrschaft erinnern.

Begründung:

Aufgrund der Eingemeindung Truderings am 1. April 1932 beschloss der Stadtrat der Landeshauptstadt München im Juni 1933 eine groß angelegte Umbenennung von Straßen. Dies geschah zum einen, um Doppelbenennungen im Stadtgebiet nach der Eingemeindung zu vermeiden, zum anderen aber um dem jahrelangen Drängen der Kolonialvereinigungen nachzugeben und eine verherrlichende Erinnerung an die Deutschen Kolonien im Stadtgebiet zu verankern.

Die deutsche Kolonialgeschichte spielt sich im Wesentlichen im Zeitraum von 1884 bis 1918 ab. In dieser Zeit wurden verschiedene Länder und Landesteile entweder gekauft, erschlichen oder erobert. Heute fast vergessen sind die Verbrechen, die hierbei an der einheimischen Bevölkerung verübt wurden. Besonders brutale Verbrechen gegen die Menschlichkeit wurden z. B. von deutschen Truppen begangen bei der Niederschlagung des Herero-Aufstandes 1904 in Deutsch-Südwest-Afrika, bei der Niederschlagung der Aufstände in Deutsch-Ostafrika, bei den „Befriedungsaktionen" in Kamerun sowie bei der Niederschlagung des Boxeraufstandes in China durch ein internationales Expeditionskorps.

In München sind Straßen und Plätze nach den Verantwortlichen von Massakern benannt und nach den Orten, an denen diese stattfanden. So existiert nach wie vor eine „von-Trotha-Straße", benannt nach Generalleutnant Lothar von Trotha (1848 - 1920), Führer der deutschen „Schutztruppe", dem Verantwortlichen für die Ermordung von bis zu 60.000 Hereros im Sommer und Herbst 1904. Es existiert eine „Waterbergstraße", benannt nach dem Ort der Schlacht gegen die Hereros im ehemaligen „Deutsch-Südwest-Afrika" von wo ausgehend die Vertreibung und das Festhalten der Hereros im wasserlosen Sandfeld stattfand.

Es existiert eine Straße, benannt nach Major Hans Dominik, der die „Befriedungsaktionen" im ehemaligen Deutsch-Kamerun durchführte, der Überfälle auf Dörfer traditionell mit dem Gruß „Waidmannsheil" für seine Soldaten eröffnete und der in Kamerun noch heute den Beinamen „Schreckensherrscher von Kamerun" hat.

Mit der Taku-Fort-Straße und der Tsingtauer Straße wird an das deutsche Pachtgebiet in China und die Niederschlagung des Boxeraufstandes 1900 erinnert. Kaiser Wilhelm II. verabschiedete die Soldaten damals in Bremerhaven mit der berühmt-berüchtigten „Hunnenrede": „Kommt Ihr vor den Feind, so wird er geschlagen. Pardon wird nicht gegeben. Gefangene werden nicht gemacht... Wie vor tausend Jahren die Hunnen unter ihrem König Etzel sich einen Namen gemacht, der sie noch jetzt in der Überlieferung gewaltig erscheinen lässt, so möge der Name Deutschland in China in einer solchen Weise bekannt werden, daß niemals wieder ein Chinese es wagt, etwa einen Deutschen auch nur scheel anzusehen." An diese Vorgabe haben sich die Teilnehmer der „Strafexpedition" gehalten.

In München sind noch immer ca. 25 Straßen nach Personen und Orten benannt, die die deutsche Kolonialgeschichte glorifizieren und verharmlosen sollen. Der Stadtrat sollte sich dafür entscheiden, seine Straßennamen zu entkolonialisieren. Dies muss nicht in jedem Fall eine Umbenennung bedeuten. In verschiedenen Fällen kann eine Ergänzung durch eine erläuternde Tafel oder eine Aufnahme in einen später zu errichtenden Kulturpfad für Trudering eine Möglichkeit des Umgangs mit der Geschichte sein.

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - rosa Liste, Initiative: Siegfried Benker ■

Zwei Nazi-Demos in Schwäbisch Hall

Gleich zweimal demonstrierten faschistische Gruppen gegen die Ausstellung Verbrechen der Wehrmacht in Schwäbisch Hall. Dagegen gab es verschiedene Gegenaktionen. Hier Berichte zusammengestellt nach Rundfunk und der Haller Presse.

Am 14.6. hatte die „Bewegung deutsche Volksgemeinschaft", eine Abspaltung von der NPD-Jugend JN, eine Demonstration gegen die Ausstellung „Verbrechen der Wehrmacht" angemeldet. Die Ausstellung war nach jahrelangem Bemühren örtlicher antifaschistischer Gruppen von der Volkshochschule nach Schwäbisch Hall geholt worden. Die etwa 65 Neonazis wichen, nach einem Bericht des Rundfunksenders SWR, von der genehmigten Demonstrationsroute ab und gingen auf die etwa 200 antifaschistischen Gegendemonstranten los, die sich zur Wehr setzten. Die Polizei drängte die Neonazis zum Bahnhof ab und löste ihre Demonstration auf.

Für den darauffolgenden Samstag, den 21.6., hatte die NPD-Jugend „Junge Nationaldemokraten" zu einer Demonstration gegen die Ausstellung „Verbrechen der Wehrmacht" aufgerufen. Gegen diese Demonstration hat der Gemeinderat bereits am 25. Mai eine Resolution beschlossen, in der es unter anderem heißt: „Die Verwaltung wird aufgefordert, alle rechtlichen Möglichkeiten auszuschöpfen, um volksverhetzende Parolen zu unterbinden." Das gelang zwar nicht, aber ein breites Bündnis demonstrierte am Vormittag, die Beteiligung war allerdings nach Einschätzung der Veranstalter mit 300 Teilnehmern schwach. Für die gehaltenen Reden zitieren wir das Haller Tagblatt:

„Der evangelische Dekan Richard Haug ging auf die Wehrmachtsausstellung ein. Seiner Ansicht gehe es nur vordergründig um die Frage, ob die Darstellung in allen Teilen historisch richtig sei. Hauptfrage sei vielmehr, ob die dunklen Seiten der deutschen Geschichte, speziell der Vernichtungskrieg gegen die Sowjetunion, nicht vergessen werden solle. Es gehe auch nicht um das pauschale Verurteilen der Wehrmacht, sondern um das Erinnern. ‚Es ist lebenswichtig, die Erinnerung wachzuhalten. Wer sich der Unmenschlichkeit nicht erinnern will, der wird wieder anfällig für neue Ansteckungsgefahren', so der Dekan.

‚Gewalt kann kein Mittel der politischen Auseinandersetzung sei. Ich rufe alle Verantwortlichen ganz energisch auf, heute nicht nur keine Gewalt auszuüben, sondern aktiv in einer angespannten Situation für Deeskalation einzutreten.' Die Wehrmachtsausstellung ist nach Worten der Ersten Bevollmächtigten der Haller IG Metall geeignet, dass sich Menschen mit den Themen Krieg, Faschismus und deren Auswirkungen auseinandersetzen. ‚Keine Demonstrationsfreiheit für die Feinde der Demokratie!', forderte Heidi Scharf. Dietmar Winter, Sprecher des Club alpha, hielt einen flammenden Appell für die Gewaltlosigkeit. Er warnte die Antifaschisten davor, sich von den Neonazis provozieren zu lassen. ‚Ihr solltet Euch nicht wie letzte Woche darauf einlassen.' Und fuhr fort, als hätte er den Ausgang geahnt, ‚Flaschen werfen kann verdammt Scheiße ausgehen.'

‚Wir verurteilen rechtsextremes, rassistisches und antisemitisches Gedankengut in unserer Stadt und darüber hinaus', bekannte Oberbürgermeister Hermann-Josef Pelgrim. Er zeigte sich froh darüber, dass sich ein breites Bündnis von Kirchen, Gewerkschaften und vielen Gruppen gefunden hat, um friedlich für die demokratische Freiheit einzutreten."

Am Nachmittag demonstrierten dann etwa 300 NPDler, die anders als die rechten Konkurrenten in der Vorwoche sich laut Zeitungsbericht streng an die Auflagen hielten. Als sie über eine Brücke demonstrierten, wurden aus den Reihen der etwa 500 antifaschistischen Gegendemonstrationen Flaschen geworfen – so berichten übereinstimmend Rundfunk und das Haller Tagblatt. Die rund 1000 Bereitschaftspolizisten gingen dann dazwischen und verprügelten welche und nahmen 18 Personen fest. *alk* ■

Für den 12.7. haben „Freie Kameradschaften" bereits den dritten Aufmarsch angekündigt.









Preußens „Staatschef“ will Zündel retten – Dr. Rigolf Hennig bleibt seiner Gesinnung treu

Für das Wohl und Wehe des in Kanada inhaftierten Holocaust-Leugners Ernst Zündel legt sich Dr. Rigolf Hennig, „Staatspräsident des Freistaates Preußen“, ins Zeug.

In einem Schreiben an Bundesaußenminister Joschka Fischer beruft sich der Chirurgie-Facharzt aus Verden/Aller bei Bremen auf die Ehefrau Zündels und äußert die Befürchtung, dass der gebürtige Deutsche Zündel schwer krank sei. Doch er werde – möglicherweise mit Absicht – nicht ausreichend medizinisch versorgt. Fischer müsse handeln; andernfalls würde er von Hennig persönlich zur Verantwortung gezogen.

Der aktuelle Brief an Fischer zu Gunsten von Zündel, des Auftraggebers des berüchtigten „Leuchter –Berichts“, ist bei weitem nicht der einzige Beleg für die enorme Selbstüberschätzung, mit der Rigolf Hennig in ultrarechten Kreisen hausieren geht. Zwar dürfte er als „preußischer Staatspräsident“ auch von vielen Gesinnungsgenossen belächelt werden, aber dennoch verfügt er durchaus über Einfluss und Verbindungen. So finden sich in der Zeitschrift „Der Preuße“, dem offiziellen „Staatsorgan“ des „Freistaates Preußen“, auch Beiträge von NPD-Anwalt Horst Mahler und Rechts-Verleger Heinz Mahncke sowie von Georg Albert Bosse und Brigadegeneral a.D. Reinhard Uhle-Wettler. Bosse hatte sich als Vorsitzender der Vereinigung „Die Deutsche Freiheitsbewegung“ (DDF) einen zweifelhaften Namen gemacht.

Die DDF war 1983 von Otto Ernst Remer gegründet worden – jenem Hitler-Offizier, der an der Niederschlagung des Aufstandes vom 20. Juli 1944 entscheidend beteiligt gewesen war. Reinhard Uhle-Wettler fiel Ende der neunziger Jahre etwa durch den Sammelband „Wagnis Wahrheit“ (Arndt-Verlag) unangenehm auf. In ihm setzt sich der hohe Ex-Militär für den Holocaust-Leugner David Irving ein.

Bevor Hennig zum „Staatsoberhaupt“ avancierte, musste er sich erst seine bräunlichen Sporen verdienen. Der Oberstabsarzt der Bundeswehr-Reserve war Kreisvorsitzender, Landesvorständler und Bundestagskandidat der „Republikaner“, bevor er 1993 zur „Deutschen Liga für Volk und Heimat“ stieß. Als deren niedersächsischer Landesvorsitzender, Bundesvorstandsmitglied und Redakteur der Mitgliederzeitung „Deutsche Rundschau“ frohlockte er nach Angaben des niedersächsischen Verfassungsschutzes: „Vereinzelte Speerspitzen ragen aus den noch ungeordneten Heerscharen des betrogenen Volkes heraus und der Widerstand beginnt sich zu artikulieren.“ Als Widerstandstat dürfte Hennig wohl auch die Broschüre „Völkermord am deutschen Volk“ verstanden haben, die Ende 1997 mit seiner tatkräftigen Unterstützung verbreitet wurde. Die Staatsanwaltschaft trat auf den Plan. Denn das Machwerk, in dem zur „Notwehr“ gegen die „Auslöschung des deutschen Volkes“ aufgerufen wurde, war von Rassenwahn geprägt. Zahlreiche Funktionäre rechtsextremistischer Organisationen und Parteien hatten die Hetzschrift mit ihren Spenden erst ermöglicht.

Als „Staatspräsident“ steht Rigolf Hennig einer Art Exilregierung vor, die internationale Verhandlungen führen soll. Denn Hennig zufolge strebt der Freistaat Preußen die „Wiederherstellung des Deutschen Reiches“ inklusive Österreich, Tirol und Elsass-Lothringen an. Ebenfalls einverleibt werden sollen „alle ostdeutschen Länder einschließlich Westpreußen und des deutschen Teils von Nord-Schleswig (Grenzen 1914 + 1939)“. Nicht zuletzt rechnet Hennig auch die ehemaligen deutschen Kolonien noch zum Deutschen Reich, das seinen Regierungssitz dereinst in Nürnberg – der Stadt der Reichsparteitage der NSDAP – einnehmen soll.

Mit der 1970 gebildeten „Notverwaltung des Deutschen Ostens“ (NDO) arbeitet die preußische Exilregierung eng zusammen. Die NDO macht unter anderem mit Holocaust-Leugnern gemeinsame Sache und kooperierte auch mit militanten rechtsextremistischen Organisationen wie zum Beispiel mit der mittlerweile verbotenen „Wiking-Jugend“. Besonders innig ist das Verhältnis zwischen der „Notverwaltung des Deutschen Ostens“ und der „Gemeinschaft Ost- und Sudetendeutscher Grundeigentümer und Geschädigter“ (GOG). NDO und GOG wollen die „Rechte und Ansprüche der deutschen Bevölkerung aus den Ländern des deutschen Ostens wahren“. Denn aus ihrer Sicht existiert in diesen Gebieten „keine deutsche staatsrechtliche und verfassungsmäßige Vertretung innerhalb der Grenzen des Deutschen Reiches“.

Thomas Klaus ■

Naziaufmarsch am 26. Juli in Meiningen verhindern!

MEININGEN. Für den 26. Juli planen Neonazis aus dem Umfeld des NSAW (Nationales und Soziales Aktionsbündnis) eine Demonstration in Meiningen. Diese Demonstration unter dem Motto „Solidarität ist eine Waffe! Stoppt die Repression gegen die politischen Gefangenen“ wäre die erste seit der Zerschlagung des Nationalsozialismus.



Bisher sind in Meiningen keine Nazistrukturen öffentlich in Erscheinung getreten. Doch die Region liegt schon seit längerem im Focus der rechten Szene. So fanden Ende letzten Jahres bis März diesen Jahres drei Veranstaltungen sogenannter „freier Nationalisten“ im Raum Südthüringen statt. AntifaschistInnen aus der Region planen Gegenaktivitäten.

Infos über gruppe fura c/o infoladen notausgang, Postfach 100238, 98602 Meiningen, email: fura@gmx.net, fura-homepage: http://www.puk.de/atag/fura, Tel.: 0160/99794057

Studienzentrum Weikersheim:

25 Jahre schwarz-braune Denkfabrik

Wie in jedem Jahr im Mai lud das Studienzentrum Weikersheim auch diesmal wieder zum Jahreskongress ins prachtvolle Schloss Weikersheim ein. In diesem Jahr konnte die von Ex-Ministerpräsident Filbinger gegründete schwarzbraune Denkfabrik, die sich selbst als „liberal-konservativ" bezeichnet, ihr 25jähriges Jubiläum feiern.

„Zeitgeist und Orientierungslosigkeit" hieß das Thema, dem sich die Gruppe mit der „höchsten Geisteskapazität" (Ex-Weikersheim-Präsident Von Stetten) in diesem Jahr widmen wollte. Zum Auftakt des Ganzen referierte Prof. Dr. Josef Schmidt von der Universität Bamberg zum Thema: „Europäische Kultur – die Herausforderung und kulturelle Idee im Zuge der europäischen Einheit". Schmidt ist in einschlägigen Rechtsaußenkreisen wohlbekannt. Er gehört zu den Autoren der Zeitschrift „Criticon", die das „Handbuch Rechtsextremismus" in die Reihe der wichtigsten rechten Publikumsorgane stellt. Nach dieser Einstimmung kam der Hausherr und Präsident des Studienzentrums Prof. Dr. Klaus Hornung zu Wort. Der emeritierte Professor der Universität Hohenheim ist ein Hans Dampf in allen braunen Gassen, ein Mann von rechtem Schrot und Korn, der die Tinte nicht halten kann, wenn braune Publikationen um sein Wort bitten. Im rechten „Deutschlandmagazin" bedauert er wortreich, dass „Deutschlandfeindlichkeit und Internationalismus" nicht sanktionswürdig seien. Auf Schritt und Tritt fühlt er sich vom „Antifaschismus als Waffe" verfolgt. Er sieht sich umgeben von „einem tiefgreifenden stillen Verfassungswandel vom freiheitlich-pluralistischen Rechtsstaat des Grundgesetzes von 1949 zu einem „fortschrittlich-antifaschistischen Ideologiestaat" (Deutschland-Magazin 2/2000). Auch in der rechts angesiedelten „Jungen Freiheit ist Hornung ständiger Gast.

Zurück zur Tagesordnung des 25. Jahreskongresses der in Weikersheim versammelten „geistigen Leistungselite" des Landes. Im Programm ist der CDU-Landtagsabgeordnete und Publizist Uwe Greve aus Kiel ausgewiesen. Sein Vortrag lautet: „Löst die Zuwanderung die deutschen Bevölkerungsprobleme?". Bei Greve ist die Antwort schon in der Frage gegeben. Natürlich nicht. Greve ist Autor des Arndt-Verlages, der im schleswig-holsteinischen Plön ansässig ist. Hier publizieren neben ausgewiesenen Experten für die Glorifizierung des Naziregimes und seiner Protagonisten u.a. der frühere NPD-Vorsitzende Deckert.

Wolfgang Schäuble als Jubiläumsstar

Schmückte sich der staatlich alimentierte „Bildungsträger" im letzten Jahr mit dem hessischen Ministerpräsidenten Roland Koch (CDU), so zierte in diesem Jahr der stellvertretende Vorsitzende der CDU/ CSU-Bundestagsfraktion, Wolfgang Schäuble, die Rednerliste. Wer seine Positionen zum Krieg der USA gegen den Irak oder den Einsatz der Bundeswehr für den Erhalt der „inneren Sicherheit" im Ohr hat, kann sich ausmalen, was er zur „Verantwortung für die Zukunft" zu sagen hatte.

Weikersheim präsentiert sich zur Jubiläumsveranstaltung erneut als „führende Denkfabrik der deutschnationalen Szene" (Der Stern) oder, wie der Spiegel notierte, als „rechtskonservative Kaderschmiede der Unionsparteien". Mit der neuen Leitung seit 2001 ist diese Funkton noch eindeutiger geworden. Von 13 Präsidiumsmitgliedern gehören neun der CDU an. CDU-Spitzenmann Schönbohm unterstreicht diese Dominanz nachdrücklich durch die Funktion des Vizepräsidenten. Die neue Spitze ließ das revanchistische Ostpreußenblatt im Mai 2001 jubeln: „Endlich Führungswechsel". Unter der neuen Mannschaft, so das Blatt hoffnungsvoll, will das Zentrum „zurück zum altbewährten Konzept eines intelligenten, tiefbegründeten, vor allem aber offenen Konservatismus und zur Vernetzung mit anderen ihm nahestehenden Organisationen."

Filbingers Jubiläum

Nach gutem altem Brauch offeriert das Haus den Mitgliedern und Förderern zum Jubiläum „eine ganz besondere Gelegenheit": „Wer bis zum 16. Mai eine Subskription des aus Anlaß des 90. Geburtstags im September erscheinenden Buches ‚Aus neun Jahrzehnten' über Hans Filbinger absendet, kann sich in der Tabula Gratulationa eintragen lassen." Neben seinem Geburtstag kann Hans Karl Filbinger in diesem Jahr ein Silberjubiläum feiern: Am 7. August 1978 musste er als baden-württembergischer Ministerpräsident zurücktreten. Er habe „während des ganzen Dritten Reiches" seine „antinazistische Gesinnung nicht nur in „sich getragen, sondern auch sichtbar gelebt" hatte Filbinger erklärt, nachdem der Schriftsteller Rolf Hochhuth am 17. Februar 1978 dessen Rolle als Marinerichter unter Hitler enthüllte. Noch am 29. Mai 1945 hatte der Gründervater der „freiheitlich-konservativen Begegnungsstätte" Weikersheim aus seiner „antinazistischen" Gesinnung keinen Hehl gemacht und einen Soldaten zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt, weil der sich das Hakenkreuz von der Uniform gerissen hatte. Damals war Filbinger im Auftrag der Briten in verschiedenen Internierungslagern tätig. Sein Kommentar zum Urteil: „Der Angeklagte hat es bewußt darauf angelegt, sich gegen Zucht und Ordnung aufzulehnen. Seine Äußerungen stellen ein hohes Maß an Gesinnungsverfall dar."

Später war bekannt geworden, dass er im Januar 1945 die Todesstrafe für den 22-jährigen Marinesoldaten Walter Gröger beantragt hatte, der der Desertion beschuldigt worden war. Am 17. März 1945 war das Urteil vollstreckt worden.

Der Mann ist sich treu geblieben – über die Niederlage des „Dritten Reiches" hinaus. 1935 hatte er im Organ der katholischen Jugendbewegung „Neudeutschland" begeistert verkündet: „Erst der Nationalsozialismus schuf die geistigen Voraussetzungen für einen wirksamen Neubau des deutschen Rechts (…) Schädlinge am Volksganzen, deren offenkundig verbrecherischer Hang immer wieder strafbare Handlungen hervorrufen wird, werden unschädlich gemacht." (Zitiert nach Metall, 24.7.1978).

Vor diesem Hintergrund werden die Intentionen Filbingers zur Gründung des Studienzentrums Weikersheim deutlich. Es ist eine Einrichtung zur Relativierung der Verbrechen des deutschen Faschismus – mit dem Blick auf „Deutschland morgen".

Hans Daniel, gekürzt VVN/BdA Baden-Württemberg ■

Die braune Geschichte von SV Werder Bremen

Nicht besser und nicht schlechter als die anderen

Bremen. Während der Nazi-Zeit tat sich der SV Werder Bremen weder besonders positiv noch negativ hervor. Dieses Fazit zog der Bremer Sozialwissenschaftler Harald Klingebiel in einem Referat zur braunen Geschichte des Sportvereins und ehemaligen deutschen Fußball-Meisters. Klingebiel hielt es im Rahmen der Ausstellung „Tatort Stadion – Rassismus und Diskriminierung im Fußball –". Diese Wanderausstellung des Bündnisses aktiver Fußballfans (B.A.F.F.) war jetzt in Zusammenarbeit mit dem Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB) für einige Wochen in der Hansestadt zu sehen.

Zunächst hatte Klingebiel die Gründungsgeschichte von SV Werder Bremen Revue passieren lassen. 1899 war der Verein von jugendlichen Kaufmannssöhnen ins Leben gerufen worden. Die hatten es – Harald Klingebiel zufolge – in den ersten Jahren nicht leicht. Denn Fußball wurde anfänglich als „undeutsch" bekämpft, weil seine Wiege in England stand. Trotz dieser Widrigkeiten habe für den SV Werder Bremen zu allen Zeiten das gegolten, was der Referent so formulierte: „Die wichtigsten Leute des SV Werder Bremen waren stets bürgerlich eingestellt. Sie verfolgten zu keinem Zeitpunkt in irgendeiner Form systemkritische oder sogar umstürzlerische Ziele."

Demzufolge hatte die Vereinsspitze wenig Schwierigkeiten damit, als im Januar 1933 in Deutschland die Nazis an die Macht kamen. Bis zum Sommer 1944 wurde der Spielbetrieb relativ reibungslos abgewickelt und erst im März 1945 völlig eingestellt. Klingebiel: „Werder ließ sich in das NS-System einbinden, trug sportpolitische Entscheidungen der Nazis bewusst mit." Bei seinen Recherchen fiel dem Sozialwissenschaftler und Werder-Experten ein Vereins-Vorstoß aus dem Jahre 1934 außerordentlich unangenehm auf. Damals trat der SV Werder von sich aus an die Nazi-Behörden heran und unterbreitete Propaganda-Vorschläge im Zusammenhang mit der Kampagne zur Annexion des Saarlandes. Im selben Jahr betätigte sich der Verein sogar als Veranstalter einer Nazi-Kundgebung mit dieser Zielrichtung.

Kein Führer-Faible für den Fussball

Belege dafür, dass die Situation bei Werder Bremen differenziert gesehen werden sollte, blieb Harald Klingebiel nicht schuldig. So verwies er auf Zeugenaussagen, wonach in der Vereinsgeschäftsstelle nicht mit dem Deutschen Gruß gegrüßt werden musste. Im Spielbetrieb war der so genannte Hitler-Gruß jedoch obligatorisch.

Von weitaus größerer Tragweite für eine gewisse „Ehrenrettung": Klingebiel zufolge gibt es keine Erkenntnisse, nach denen beim SV Werder Bremen der Ausschluss von Juden schriftlich fixiert worden wäre. Der Sozialwissenschaftler schilderte vor diesem Hintergrund den Fall des Juden und langjährigen Vereinsvorsitzenden Alfred Ries. Der war noch nach der Machtergreifung in mehreren Vereinsgremien aktiv, ging erst 1936 ins Exil. Doch es gäbe keine Hinweise darauf, dass Ries von Vereinskameraden diskriminiert oder drangsaliert worden sei.

Klingebiel betonte in seinem Referat: „Widerstand im politischen Sinne hat es nicht gegeben, aber das sagt natürlich nichts über die innere Gefühlslage der Mitglieder aus." Fakt sei zudem, dass die Fußballvereine in der Nazi-Zeit einen größeren Spielraum für kleinere „Aufsässigkeiten" hatten als andere Sportvereine. Zwar wollten die Nazis alle gesellschaftlichen Bereiche durchdringen; der Sport war da keine Ausnahme. SA-Gruppenführer und NS-Reichssportführer Hans von Tschammer und Osten gab 1933 den Takt vor: „Es ist unmöglich, politisch ein Nationalsozialist zu sein und leibesübungsmäßig nicht." Allerdings kam den Fußballvereinen entgegen, dass Adolf Hitler keinen Faible für diesen Ballsport entwickeln konnte. Das dürfte entscheidend mit dem Länderspiel zwischen Deutschland und Norwegen zu tun gehabt haben, das der „Führer" 1936 verfolgt hatte. Die Skandinavier siegten mit 0:2, worauf Hitler noch vor dem Spielende wutentbrannt aus dem Stadion gestürzt sein soll.

Dieses Erlebnis des Nazi-Fürsten führte letztlich wohl dazu, dass der Zugriff der Partei und des braunen Staates auf den Fußball weniger interessiert und rigide ausfiel als in anderen Sportbereichen.

Darüber hinaus widersetzte sich Hitler den Absichten mancher Nazi-Politiker, die Sportvereine generell abzuschaffen. Es seien interessante Aussagen von ihm überliefert, so Klingebiel. Demnach bräuchten die Bürger zumindest einen Bereich, in dem sie sich von der Staatspartei abgrenzen könnten. Deshalb sollten die Sportvereine in Ruhe gelassen werden.

In seinen Ausführungen zur Wanderausstellung „Tatort Stadion" streifte Harald Klingebiel auch die Gegenwart. Schließlich ist Bremen in Sachen rechtsextremer Fußballer-Umtriebe keine Insel der Seligen. Beispielsweise gilt die Bremer Hooligans-Band „KC" als eine der bundesweit beliebtesten in diesem Musiksegment. „KC" steht dabei für „Kategorie C", die polizei-interne Bezeichnung für besonders gewaltbereite Fußballfans. Viele der „KC"-Lieder sind von Hetze gegen Ausländer und Verherrlichung des Nationalsozialismus geprägt. Von einem solchen Geist durchdrungen war oder ist anscheinend auch der Sänger Hannes Ostendorf. Er wurde 1992 für einen Brandanschlag auf ein Asylbewerberheim zu einer Bewährungsstrafe von einem Jahr und neun Monaten verurteilt.

Große Fragezeichen muss man wohl hinter die Distanzierung der Rechts-Musiker von ihren Nazi-Liedern setzen. Immerhin beteiligte sich die Band in der Vergangenheit an eindeutig rechtsextremen CD-Samplern, darunter der indizierten Samplerreihe „Die Deutschen kommen". Und noch im März des vergangenen Jahres trat „KC" auf der 20-Jahres-Feier der berüchtigten Nazi-Hooligan-Gruppierung „Borussenfront" in Dortmund auf. Fast alle ihrer Mitglieder sollen zeitweise Angehörige der „Aktionsfront nationaler Sozialisten/Nationaler Aktivisten" (ANS/NA) von Michael Kühnen gewesen sein. „Borussenfront"-Anführer Siegfried „SS-Siggi" Borchardt war Aktivist, zuletzt sogar stellvertretender Bundesvorsitzender der später verbotenen rechtsterroristischen „Freiheitlichen Deutschen Arbeiterpartei" (FAP). Wegen Körperverletzung und Volksverhetzung wurde er mehrfach zu Gefängnisstrafen verurteilt.

Mit einem zufriedenen Blick auf die jetzige Haltung der Vereinsspitze beendete Harald Klingebiel sein Referat. Sie habe ihn von Anfang an bei seinen Forschungen unterstützt und „geht relativ offen mit der braunen Vergangenheit um". Und wenn es heutzutage doch dann und wann während spielerischer Begegnungen von Werder Bremen zu rechten Rufen kommt, ist der Verein mittlerweile schnell mit Flugblättern bei der Hand. Auf denen werden rassistische oder antisemitische Parolen und Gesänge scharf verurteilt.

Thomas Klaus ■

Frankreich:

Die extreme Rechte und die Streiks

Zeiten sozialer Konflikte und gewerkschaftlicher Kämpfe sind schlechte Zeiten für die französische extreme Rechte. Seit jeher ist sie Verfechterin eines ultrakonservativen bzw. reaktionären gesellschaftlichen Projekts, einer strikt hierarchisch aufgebauten Ordnung und der Aufrechterhaltung oder Verschärfung „natürlicher" Unterschiede.

Zugleich aber ist es ihr seit Anfang der neunziger Jahre gelungen, durch erhebliche soziale Demagogie Teile der enttäuschten und desorientierten früheren Linkswählerschaft anzuziehen. Damit konnte sie an Wahltagen Punkte sowohl unter den abhängig Beschäftigten wie auch den Arbeitslosen sammeln – bis dahin, dass Jean-Marie Le Pen bei der Präsidentschaftswahl im April 1995 unter allen Kandidaten den höchsten Anteil der Arbeiterstimmen erhielt. (Ein Erfolg, der dadurch relativiert werden muss, dass sowohl die Wahlenthaltung als auch die Anzahl der Nicht-Stimmberechtigten – mangels Staatsbürgerschaft oder mangels rechtzeitiger Einschreibung auf die Wählerlisten – in dieser sozialen Klasse mit Abstand am höchsten ist.)

Zugleich behielt die extreme Rechte aber auch eine Stammwählerschaft in Teilen der traditionellen Mittelschichten, des katholisch geprägten Kleinbürgertums sowie im wirtschaftlich aktiven Mittelstand bei.

In gesellschaftlich „ruhigen" Zeiten gelingt es der extremen Rechten, die unterschiedlichen Teile ihres Publikums unter einen Hut zu bekommen – indem für jeden Publikumsteil ein eigener Diskurs angeboten wird: Den Armen oder Lohnabhängigen wird mehr soziale Gerechtigkeit versprochen, den Besitzenden wird die Aufrechterhaltung der Ordnung in Aussicht gestellt, den Arbeitslosen mehr Beschäftigung und den mittelständischen Unternehmern weniger soziale Lasten und Verpflichtungen.

Diese unterschiedlichen und mitunter gegensätzlichen Versprechungen passen scheinbar zusammen, indem man sie mit einer stets gleichen Begründung verbindet. Alles, was versprochen wird, soll nämlich dadurch realisiert werden, dass man das Auszugebende den „äußeren Feinden" wegnimmt. Nationale Arbeit und nationales Kapital sollen zusammengeschweißt werden, indem man auf Kosten von Einwanderern, „vaterlandslosem Finanzkapital" und bedrohlicher Globalisierung den „Eigenen" Vorrang einräumt.

Doch in Zeiten sozialer Polarisierung und des Aufeinanderpralls unterschiedlicher gesellschaftlicher Interessen oder Projekte (Solidarität gegen Abwälzung sozialer Risiken auf das Inviduum) zerbricht dieses illusionäre Bündnis. Das Publikum der extremen Rechten, bis in die Reihen der eigenen Wähler und Anhänger, ist versucht sich auf einer Seite zu positionieren.

Beispiel Streikherbst 1995

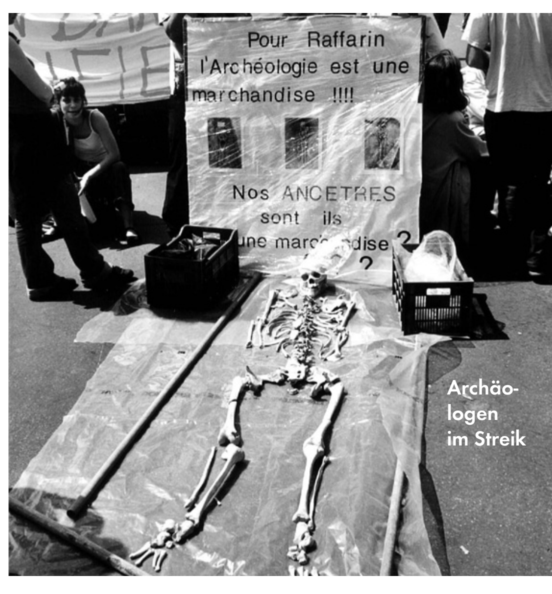
So war es im Streikherbst 1995, als alle öffentlichen Dienste Frankreichs in den Ausstand traten – es ging unter anderem um eine regressive Reform der Pensionen der öffentlich Bediensteten, die damals abgewendet wurde, und um die Dämpfung der Gesundheitskosten. Damals zeigten 80 Prozent der sozialistischen und über 90 Prozent der kommunistischen, aber nur 20 Prozent der konservativ-liberalen Wählerschaft Solidarität oder Verständnis für die Streiks – die FN-Wählerschaft jedoch (mit 54 Prozent Sympathie) war in zwei ziemlich gleich große Hälften gespalten.

Jean-Marie Le Pen und Bruno Gollnisch (die damalige und heutige „Nummer Drei" des Front National) vermieden in ihren ersten Stellungnahmen eine konkrete Positionierung und äußerten sich eher ausweichend, oder gleich vom Thema abkommend. Die soziale Krise sei „nur ein Teil der moralischen Krise der Nation", gab Le Pen damals zu Protokoll, während Parteisekretär Gollnisch erklärte: „Die „kulturelle und ethnische Spaltung in Frankreich ist viel bedeutender als die soziale Spaltung". In der Parteizeitung „National Hebdo" (NH) war im Leitartikel aus der Feder des damaligen Chefredakteurs Alexandre Martin zu lesen: „Man sagt mir, viele Wähler und Sympathisanten des FN haben gestreikt. Ich antworte: Es ist unsere Pflicht, ihnen zu zeigen, dass sie sich in die Falle locken lassen haben."

Dennoch positionierten NH und die rechtsextreme Partei sich letztendlich – gegen die „Geiselnahme" der Bewohner des Landes durch die Streiks im öffentlichen Dienst und für die Inhaftierung der „Rädelsführer" in Gestalt der damaligen Gewerkschaftsvorsitzenden Louis Viannet und Marc Blondel. Zwei Monate später allerdings gab der seinerzeitige FN-Chefideologe Bruno Mégret ein vielbeachtetes Interview in ‚Le Monde' (vom 13.2.1996), in dem er erklärte, der FN „unterstütz(e) die sozialen Bewegungen", nur auf andere Weise als die („archaischen") Gewerkschaften. Der FN versuchte sich damals, durch Begründung eigener Pseudo-Gewerkschaften und „sozialer" Vorfeldorganisationen – einer Arbeitslosenvereinigung, einer Mietervertretung im sozialen Wohnungsausbau – aus der strategischen Klemme zu befreien und in die Offensive zu gehen. Doch waren diese Versuche, als rechtsextreme „soziale Bewegung" Fuß zu fassen, Ende der 90er Jahre gescheitert: Die Pseudo-Gewerkschaften waren durch die Justiz verboten worden, und die Spaltung der Partei zwischen Le Pen- und Mégret-Anhängern sorgte für den Verlust an Kadern und Aktivisten, die eine solche Strategie hätten umsetzen können. Die rechtsextremen Parteien reduzierten sich stärker als bisher auf Personen-Wahlvereine.

Die extreme Rechte und die Streiks 2003

In der sozialen Krise 2003 – dieses Mal geht es um eine regressive Reform der Renten, die sowohl die Privatindustrie als auch den öffentlichen Dienst betrifft – ist



Archäologen im Streik

die Haltung der extremen Rechten klar: Sie steht dem sozialen Protest absolut feindselig gegenüber.

Bereits in einem Interview in „Le Monde" vom 19. April 03 – aus Anlass des jüngsten Parteitags in Nizza – hatte Le Pen klargestellt, dass es für ihn nicht um eine Verteidigung der Rente mit 60 gehen können, sondern „die Rente mit 70" eingeführt gehöre. Auch in seiner traditionellen Ansprache zum 1. Mai hatte der FN-Chef betont: „In Frankreich muss mehr und länger gearbeitet werden – sogar bei den Lehrern". Letztere sind die derzeit am stärksten in den Protesten mobilisierte Berufsgruppe, wobei sie nicht nur gegen die Rentenreform, sondern auch gegen die Sparpolitik im Bildungswesen streiken.

Anlässlich seines Fernsehauftritts am 5. Mai 03 (in der Politikersendung „100 minutes pour convaincre") äußerte Le Pen sich ähnlich – ihm selbst stehe, mit demnächst 75 Jahren, der Sinn nicht nach Rente, und es müsse Schluss damit sein, „dass schon in unseren Schulen der Hass auf die Arbeit gelehrt wird".



Streikendes Pflegepersonal

In einem jüngsten Kommuniqué (das in NH vom 12. Juni 03 wiedergegeben ist) fantasiert Le Pen in wüster Weise über die Streikfolgen: „Die Streikzüchter im öffentlichen Dienst gehen von der Illegalität zum offenen Aufstand über, Frankreich gleitet in die Anarchie ab.“ Das ist umso absurder, als der – von einigen sozialen Akteuren geforderte – Generalstreik nicht stattgefunden hat (u.a. weil bestimmte Gewerkschaftsbürokratien erheblich dazu beitrugen, ihn zu verhindern, darunter auch jene eines Teils der CGT) und der Ausstand im Transportsektor ein relativer Misserfolg blieb. Dieselbe Zeitung, NH, hatte in einem Leitartikel vom 29. Mai 03 gewettert: „Es ist hanebüchen, dass diese Gewerkschaften, die gestern noch moskauhörig waren, (!) ohne bekämpft zu werden, jede Reform verhindern können, die für die Zukunft der Nation lebenswichtig ist. (!) Wie kann man hinnehmen, dass Gewerkschaften, die aus der Schule der Dekadenz und des Totalitarismus hervorgingen, ihr Gesetz machen können (!)?“

Damit bietet der FN sich dem ultrakonservativen Teil der französischen Gesellschaft als verschärfendes Korrektiv zur bürgerlichen Rechten an, der ihr Misserfolg bei der Niederringung der Streiks vorgeworfen wird – was allerdings zunehmend weniger mit der Realität übereinstimmt. Damit schneidet die rechtsextreme Partei sich aber zugleich von der Möglichkeit ab, den sozialen Unmut auf ihre Mühlen zu lenken. Allenfalls kann der FN auf eine – nunmehr gut mögliche – Niederlage der Protestbewegung und die damit einhergehende Verbitterung setzen.

Bernhard Schmid, Paris ■

Fortsetzung von Seite 1

Brigitte Bardot und der gemütliche Faschismus ...

Dass sie seit 1992 mit einem rechtsextremen Politiker namens Bernard D’Ormale (Mitglied beim Front National) in vierter Ehe liiert ist, hat ihre Ideen nicht unbedingt verbessert.

Was sie nun aber zwischen zwei Buchdeckel presste, übertrifft alles, was man bisher bereits von der ehemaligen Protagonistin von „Le Mépris“ (Die Verachtung) des Jean-Luc Godard gewohnt war. Denn nunmehr setzt sie zum Rundumschlag an. Natürlich gibt es erneut abfällige Bemerkungen über „das Menschengeschlecht“ im Allgemeinen und die „muslimischen Invasoren“ im Besonderen. Aber BB wettert auch gegen die „hauptberuflichen Arbeitslosen“, diese faulen – nein, nicht faulen Schweine, denn Schweine liebt die Autorin im Gegensatz zu Menschen ohne Broterwerb; sie berichtet ausführlich von den ihren (Marcel und Rosette heißen die rosafarbenen Lieblinge). Warum sollte jemand auch etwas für Menschen in Armut übrig haben, die ausführlich erzählt, wie sie in einem teuren Restaurant einen Hummer bestellte... um dem armen Tier die Freiheit zu schenken.

Homosexuelle und pädophile Kinderschänder werden von ihr miteinander gleichgesetzt. Sans papiers („illegale“ Einwanderer, die um einen gesetzlichen Aufenthaltsstatus kämpfen) besetzen ihr zufolge Kirchen „und verwandeln sie in menschliche Schweineställe“ – die tierischen Schweineställe zieht sie vor -, und Lehrer „unterrichten unrasiert, in speckigen Hemden und dreckstarrenden Jeans“ vor „Drogendealern, heranwachsenden Terroristen und Großverbrauchern von Präservativen“. Den Rest kann man sich eigentlich getrost schenken. Nur wenige Personen des zeitgenössischen Frankreich finden Gnade vor ihren Augen: Die Schauspielerin Sophie Marceau – vielleicht glaubt BB, sich in ihr wiederzuerkennen – und ein gewisser Jean-Marie Le Pen, Parteifreund des werten Gatten, „der seinen Ideen treu bleibt und sich nicht scheut, gegen die Strömung zu schwimmen“.

Der Zufall wollte, dass die Autorin am Tag der Erscheinens von „Un cri dans le silence“ zur Aufzeichnung einer Fernsehsendung eingeladen war, die fünf Tage später ausgestrahlt wurde. Und so fand sie sich am 7. Mai im Studio des jungen Starinterviewers Marc-Olivier Fogiel wieder, der seine Sendung „Man kann nicht allen gefallen“ produzierte. Fogiel hatte in letzter Minute vom bevorstehenden Erscheinen ihres Buches erfahren und fühlte sich in der Zwickmühle, da er keine Werbung dafür betreiben mochte. Er entschied sich für einen Kompromiss: Die erste Hälfte seiner Sendung widmete er – wie geplant – dem „Mythos BB“, mit geladenen Studigästen wie dem Freund und Kollegen der Ex-Schauspielerin, Alain Delon. Nur am Ende der Sendung stellte er dann ein paar kritische Fragen zu dem Buch („Aber Homosexuelle und Pädophile sind doch nicht dassselbe?“) Bardot wollte erst nicht darüber sprechen – das sei einer literarischen Sendung vorbehalten, als handele es sich um ein Meisterstück der Literatur – und tobte am Ende: „Sie haben mir das schönste Geschenk meiner Karriere versaut!“

Seitdem kommt die Regenbogenpresse nicht zur Ruhe. „Schande über Sie, Monsieur Fogiel!“ titelt das Intelligenzblatt *France Dimanche* – eine Art Pendant zur Neuen Revue – Ende Mai 03 auf der Eins. Und die Fernsehbeilage des Boulevardblatts *France Soir* lässt Mitte Juni gar Brigitte Bardot selbst zur Affäre zu Wort kommen, hinter der Titelseite: „Bardot: Danke, Ihr gebt mir Kraft zum Weitermachen!“ Das richtet sich an die ZuschauerInnen, die – glaubt man der Regenbogenpresse – waschkörbeweise Protestbriefe an den Sender FR3 geschickt hätten. 20.000 Briefe will *France Dimanche* erhalten haben, davon „96 Prozent“ zur Verteidigung der Altschauspielerin. Dabei, so wird stets betont, gehe es gar nicht um den Inhalt, sondern darum, dass man „ so“ nicht mit einem nationalen Symbol umgehe. Aufmerksame Beobachter stellen jedoch einen klaren Unterschied in den Reaktionen fest: Empört reagieren Leute von 50 Jahren aufwärts, während die Jüngeren meist indifferent bleiben. Wenigstens eine gute Nachricht.

Die rechtsextreme Presse ihrerseits will da natürlich nicht nachstehen, und hängt sich an den Zug einfach dran. „Sie hat die Wahrheit gesagt“, titelte die FN-Wochenzeitung „National Hebdo“ (NH) am 15. Mai 03 auf ihrer Seite Eins, um fortzufahren: „Das neue Buch von Brigitte Bardot ist ein französischer Schrei, ein schmerzlicher Aufschrei gegen den Niedergang Frankreichs.“ Die rechtsextreme Wochenzeitung „Minute“ (die eine Scharnierfunktion zwischen dem FN und dem rechten Flügel der Konservativen einnimmt) vom 31. Mai 03 schlagzeilt auf ihrer Titelseite: „Marc-Olivier Fogiel, ein A... erster Güte!“ Dem Thema ist eine ganze Doppelseite auf den Seiten 8 und 9 gewidmet. Natürlich durfte auch Jean-Marie Le Pen selbst nicht fehlen, der in einem Kommuniqué vom 15. Mai 03 betont: „Brigitte Bardot ist eine Persönlichkeit von großem Format, eine mutige und freie Frau, die sagt, was sie denkt. Das ist in unserem Land selten geworden, wegen des vorherrschenden intellektuellen Terrorismus.“

Dagegen hat die Liga für Menschenrechte (LDH) am 13. Mai 03 angekündigt, Strafanzeige wegen rassistischer (und möglicherweise auch wegen homophober) Äußerungen in dem Buch zu stellen. Auch die Antirassismus-Bewegung MRAP wird wahrscheinlich Strafanzeige erstatten. *Bernhard Schmid* ■

Polen

Verbindung ins Ausland

Als Exportschlager kann man es zwar noch nicht bezeichnen. Langsam, aber inzwischen doch stetig expandiert das deutsche Verbindungswesen ins Ausland. Seit dem Zusammenbruch des Realsozialismus haben es die Männer mit Band und Mütze geschafft, in Osteuropa Fuß zu fassen. Und zwar gerade in Gebieten, die Völkische als „deutsch" bezeichnen, die also irgendwann einmal zum Deutschen Reich gehörten – oder von ihm beansprucht wurden. Seit wenigen Wochen gibt es nun auch eine „deutsche" Verbindung im polnischen Opole.

Den Anfang machte der katholische Korporationsdachverband CV. 1991 nahm er die „Akademische Verbindung Suevia-Danubia zu Fünfkirchen" als freie Vereinigung auf; „Fünfkirchen" ist der deutsche Name der ungarischen Stadt Pecs, in der eine deutschsprachige Minderheit („Donauschwaben") lebt. 1992 gründeten „deutschstämmige" Studenten die „Akademische Verbindung Salia-Silesia zu Gleiwitz"; die Korporation aus dem polnischen Gliwice, in dem auch eine deutschsprachige Minderheit lebt („Schlesier"), gehört seit 1996 ebenfalls dem CV an.

Gescheitert ist der Versuch von Burschenschaftern, im polnischen Wroclaw eine „deutsche Burschenschaft" zu etablieren. Fast ein Jahr lang, vom Sommer 2000 bis zum März 2001, bemühten sie sich, die drei Interessenten für die „Burschenschaft Silesia Breslau" bei Laune zu halten. Es misslang. Erfolgreich ist dagegen ein weniger bekannter Korporationsdachverband, der Verband der Vereine Deutscher Studenten (VVDSt). „Vereine Deutscher Studenten" gibt es in Deutschland, Österreich und Ungarn (Pecs); Ableger hat der Dachverband, der 1881 gegründet wurde, um die antisemitische Bewegung an den deutschen Universitäten zu organisieren, inzwischen auch in Polen.

In Polen greift der VVDSt auf eine Sonderkonstruktion zurück: Er unterstützt den so genannten „Verein Deutscher Hochschüler in Polen" (VDH), dessen Mitgliedsvereinigungen mit einem Kooperationsvertrag an den VVDSt gebunden werden. Der VDH, dem im Unterschied zum VVDSt auch Frauen beitreten können, entwickelt sich derzeit besonders dynamisch; nach dem im November 1999 gegründeten „VDH Ratibor" (gemeint ist das polnische Raciborz) wurde Ende Mai 2003 ein zweiter, ebenfalls recht mitgliederstarker Bund ins Leben gerufen, der „VDH Oppeln" (gemeint ist Opole).

Der VDH kann dabei auf eine Tradition zurückblicken, die bis ins Jahr 1922 zurückreicht. Damals gründeten deutschsprachige Studenten im zu dieser Zeit polnischen Lwow den „VDH Lemberg". Der VDH wuchs rasch: 1925 entstand in Poznan der „VDH Posen", im selben Jahr in Krakow der „VDH Krakau" und nur ein Jahr später in Warszawa der „VDH Warschau". Das Ziel des VDH wurde klar definiert: Deutsch sprechende Studentinnen und Studenten sollten an den polnischen Hochschulen organisiert werden, um ihre „Polonisierung" zu verhindern und ihr „Deutschtum" zu bewahren.

Die enge Bindung der 1926 gegründeten Dachorganisation „Verband der Vereine Deutscher Hochschüler in Polen" (VVDH) an den VVDSt reicht ebenfalls bis in die 1920er Jahre zurück. Prägende Persönlichkeit des VVDH war Kurt Lück, ein Aktivist des VDSt Breslau, der an der Gründung der einzelnen VDH teilweise führend beteiligt war und erster Vorsitzender des VVDH wurde. Lück, prominenter „Volkstumsforscher", wurde in den ersten Jahren des Zweiten Weltkriegs als „Fachmann" für die „Säuberung" ethnisch gemischter Regionen herangezogen und war als Leiter der Geschäftsstelle der Volksdeutschen in Posen für die Ausstellung von „Volkszugehörigkeits-Bescheinigungen" verantwortlich. Der SS-Hauptsturmführer kam im Jahr 1942 bei der „Partisanenbekämpfung" ums Leben.

Der über seinen Vorsitzenden Lück an den VDSt angebundene VVDH wurde noch kurz vor dem Überfall der Wehrmacht auf Polen von den polnischen Behörden suspendiert. Diese hatten aus der Zerschlagung der Tschechoslowakischen Republik gelernt, dass die völkische „Deutschtums"-Politik geradewegs „heim ins Reich" führt, und zogen die Konsequenzen: Im Juni 1939 lösten sie den VVDH auf. Polen war trotzdem verloren. „Nach dem Polenfeldzug brauchten die VDH's nicht mehr ins Leben gerufen zu werden", erfährt man auf der Website des „VDH Ratibor": Da die polnische Intelligenz vernichtet werden sollte, schlossen die Nazis die Hochschulen in Warszawa, Krakow und Lwow; in Poznan dagegen wurde für die Deutschen die „Reichsuniversität Posen" errichtet.

Die ehemaligen Mitglieder des VVDH haben sich nach dem Zweiten Weltkrieg in der Bundesrepublik wieder organisiert. 1951 fand ein erstes Treffen statt, 1963 wurden die heimatlosen Alten Herren als Altherrenverein in den VVDSt aufgenommen. Wirklich aktiv konnte der Verein Deutscher Hochschüler in Polen jedoch erst wieder Ende 1999 werden: Am 8. November 1999 wurde er in Raciborz als „VDH Ratibor" „wiedergegründet". Und wie schon in den 1920er Jahren hatte der VVDSt seine Finger maßgeblich im Spiel.

Detailliert lässt sich an der Gründungsgeschichte des „VDH Ratibor" und des „VDH Oppeln" zeigen, wie Angehörige der deutschsprachigen Minderheit in Polen sich mit Hilfe deutscher Staatsbürger und nach deutschen (Korporations-)Modellen organisieren, um ihre Verbundenheit mit „deutscher Kultur" und dem deutschen „Mutterland" zu stärken (was natürlich implizit die Schwächung ihrer Bindung an Polen und eine Aushöhlung der polnischen Souveränität zur Folge hat). Da knüpft ein Spitzenfunktionär des „Deutschen Freundschaftskreises Schlesien" (Josef Gonschior) Kontakte zum Vorsitzenden des VVDSt (Diethelm Keil, langjähriges Mitglied des „Vereins für das Deutschtum im Ausland" und zeitweise hauptamtlicher Mitarbeiter des BND), pflegt die Kontakte über Jahre hin bei Tagungen der „gemeinnützigen" und vom Bund und mehreren Bundesländern geförderten „Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen", die deren Vorsitzender (Reinold Schleifenbaum, Mitglied des VDSt Tübingen) organisiert, und integriert in das entstehende Netzwerk deutschsprachige Studenten aus Polen. Die gründen schließlich mit tatkräftiger Unterstützung von VDSt-Mitgliedern aus Deutschland, Österreich und Ungarn den „VDH Ratibor" und den „VDH Oppeln", unter deren aktivsten Mitgliedern sich Redaktionsmitglieder der in Deutschland erscheinenden „deutschen Heimatzeitung Unser Oberschlesien" sowie ein Assistent des deutschen „Instituts für Auslandsbeziehungen" finden. Selbst die Anmietung des Vereinshauses wird mit Hilfe aus Deutschland organisiert (über den Förderverein „Brücke Oberschlesien" mit Sitz in Hamburg).

Vielleicht noch intensivere Unterstützung aus Deutschland erhält seit über 40 Jahren eine „deutschgesinnte" Verbindung in Dänemark, die ebenfalls an den VVDSt angebunden ist. Die dänische „Verbindung Schleswigscher Studenten" (VSSt), die – ähnlich dem VDH – die Korporationsprinzipien recht locker auslegt und auch Frauen aufnimmt, wurde 1924 als Zusammenschluss „deutschgesinnter nordschleswigscher Studenten" gegründet und ist seit 1959 durch ein Arbeits- und Freundschaftsabkommen mit

→

Klage gegen nadir.org abgewiesen

BERLIN. Seit März diesen Jahres wurde vor dem Landgericht Berlin die Klage „Jost Berstermann/ nadir.org e.V." verhandelt. Das Gericht wies nun die Klage ab. Jost B. verklagte den unkommerziellen, alternativen Informationsdienst und Provider „nadir.org" aufgrund der Nennung seiner Person anlässlich einer Jubiläumsfeier der schlagenden Verbindung „Marchia zu Osnabrück". Die Berichterstattung von einst sei heute eine Persönlichkeitsrechtsverletzung, so der Kläger, der bei der JN (Jugendorganisation der NPD) und den Republikanern leitende Funktionen inne hatte. Inzwischen hat das Gericht entschieden, dass die Klage unbegründet ist und sie deshalb abgewiesen.

nadir.org betreibt seit 1994 ein linkes und alternatives Internetportal, unter dessen Dach sich über 20 Online-Ausgaben von Zeitschriften, Websites unzähliger politischer Gruppen, Kampagnenseiten zu antirassistischen Grenzcamps und zahllose andere Projekte organisiert haben. Der umstrittene Artikel stammt aus einer bei nadir.org archivierten Publikation, die sich mit den Burschenschaften in Osnabrück befasst. In ihr findet u.a. Jost B. mit vollem Namen Erwähnung. Der Kläger will aber von seiner bei nadir.org archivierten braunen Biographie befreit werden.

Nach seiner Mitgliedschaft im rechtsextremen „Unabhängigen Schülerbund" in den späten 70ern wurde er, wie im Niedersachsenspiegel, dem Organ der NPD Niedersachsen, berichtet, erst Kreisvorsitzender der JN, dann Mitglied in deren Bundesvorstand. Er publizierte 1986 im NHB, der Zeitschrift des Nationaldemokratischen Hochschulbundes, einen längeren Artikel. Darin glorifizierte er studentische Verbindungen, z.B. eine der extremen Rechten nahestehende, zu der er als Student gestoßen war: die schlagende Verbindung „Marchia Berlin zu Osnabrück", die einst aus Berliner Unis von AntifaschistInnen ausgesperrt wurde und ins provinzielle Osnabrück auswandern musste. Im Artikel nennt er Mitglieder anderer Verbindungen, die sich weigerten, die erste Strophe des Deutschlandliedes mitzusingen, „politische Eunuchen". 1997, zur 125-Jahr Feier der Verbindung, konnte B. die Gunst der Stunde nicht vorbeiziehen lassen und ließ, nach dem er seine Festrede im Osnabrücker Rathaus beendet hatte, die erste Strophe des Deutschlandliedes anstimmen. Über diesen Skandal berichteten daraufhin die Neue Osnabrücker Zeitung, das Stadtblatt in Osnabrück, als auch die „Burschen Raus!", die bei nadir.org gehostet und archiviert sind.

Vertreten wurde der Jurist B. von der Kanzlei des Medienrecht-Staranwalts Prinz, der auch gleich mit einem Streitwert von 20.000 Euro vors Landgericht Berlin zog. Prinz hat sich in einem Bereich des Zivilrechts einen Namen gemacht, der das bürgerliche Individuum in seiner Privatsphäre vor der Verwertung durch seinesgleichen beschützt: im Persönlichkeitsrecht. Das nämlich sei verletzt durch die Berichterstattung auf „Burschen raus!". „Abwegig", so Luther Blisset für nadir.org. „Der beanstandete Artikel nennt Jost B., der sich in seiner Eigenschaft als Festredner selbst exponiert hat, an unprominenter Stelle. Die Kontextualisierung seiner Person ist schlicht guter Journalismus." So sieht auch das Gericht in seiner Urteilsbegründung keinen Grund, wieso Bs „früheres Verhalten nicht herangezogen werden sollte, um seine heutigen Äußerungen zu interpretieren". Schließlich habe der Kläger auch „keine innere Abkehr von früheren politischen Standpunkten" erkennen lassen.

Trotz des guten Ausgangs dieses Prozesses werden die darin aufgeworfenen Fragen in netzpolitischer Hinsicht weiter Bedeutung haben: „Wie soll ein online-Archiv noch glaubhaft sein, wenn jeder darin rumpfuschen kann?", so Blisset von nadir.org. „Hätte es sich bei dem betroffenen Artikel um eine gedruckte Broschüre gehandelt, die bereits seit vielen Jahren in den verschiedensten Archiven und Bibliotheken aufbewahrt wird, so wäre die Entfernung von einzelnen Informationen oder Anonymisierung von Namen schlichtweg undenkbar - zu einem Prozess wie diesem wäre es nie gekommen. Erst die technischen Strukturen, in welchen ein Onlinearchiv seine Voraussetzungen findet, lassen ein nachträgliches Eingreifen in Archivbestände im vollen Ausmaß denkbar werden. Das wäre gewissermaßen das Ende der Geschichte in Echtzeit." Zwar hat das Gericht sorgfältig zwischen dem Recht der Öffentlichkeit auf Information und dem Persönlichkeitsrecht des Klägers abgewogen, damit hat es obige Fragestellung aber zielsicher umgangen und die prinzipielle Antastbarkeit von Onlinearchiven sogar bestätigt.

aus der Pressemitteilung von nadir vom 3.6.2003 ■

Der Gerichtsentscheid liegt unter http://www.nadir.org/nadir/selbst/begruendung.pdf. Der beanstandete Text liegt unter: http://www.nadir.org/nadir/periodika/anarcho_randalia/br_4/saenger.htm

---

dem VVDSt verbunden. Dem Vorstand der VSSt, die ihren Sitz in Dänemark hat („Apenrade, offizieller Name: Aabenraa") und einen regen Austausch mit dem VVDSt, aber auch mit dem VDH betreibt, gehört ein erfahrener Aktivist des „Vereins für das Deutschtum im Ausland" an (Peter Iver Johannsen, langjähriger Generalsekretär des „Bundes deutscher Nordschleswiger"). Und das scheint sich zu lohnen. Die drei Häuser in Dänemark, die sich inzwischen im Eigentum der VSSt befinden, wurden unter anderem mit „bundesdeutschen Mitteln im Rahmen des Volksgruppenetats" gekauft.

Jörg Kronauer ■

Le Pen: Gerichtsnotorischer Folterer

Nunmehr ist gerichtlich bestätigt, dass man ihn öffentlich der Folter bezichtigen darf: Jean-Marie Le Pen, den Chef des rechsextremen Front National (FN) seit dessen Gründung. In den ersten Monaten des Jahres 1957 hatte Le Pen, der damals dem französischen Parlament – als Abgeordneter der kleinbürgerlichen Anti-Steuer-Protestpartei der so genannten Poujadisten – angehörte, freiwilligen Offiziersdienst im Krieg gegen die algerische Unabhängigkeitsbewegung geleistet. Unmittelbar vor der Stichwahl zur französischen Präsidentschaft im Mai 2002, bei der Le Pen dem Amtsinhaber Jacques Chirac gegenüber stand, hatte die Pariser Abendzeitung ‚Le Monde' Zeugenaussagen aus jener Zeit publiziert. So beschuldigte Mohammed Scherif Moulay den rechtsextremen Politiker, seinen Vater Ahmed Moulay – einen wichtigen Funktionsträger der algerischen Befreiungsfront FLN – zu Tode gefoltert zu haben. Nacheinander habe Le Pen ihm literweise Seifenwasser eingeflößt, ihn durch Stromstöße gefoltert und im Anschluss erschossen. Der damals 12-Jjährige gibt an, heimlicher Zeuge der Geschehnisse in seinem Haus gewesen zu sein.

Le Pen klagte gegen die Zeitung, ein Jahr später kam es zum Prozess. Dabei musste er eine unangenehme Überraschung erleben: Der Zeuge konnte bei der Verhandlung den Armeedolch präsentieren, den Le Pen am Ort des Geschehens vergessen hatte. Dieser trägt tatsächlich eine Inschrift mit Namen und militärischem Dienstgrad Le Pens, seine Echtheit wurde bestätigt. ‚Le Monde' wurde am Donnerstag (26. Juni) freigespochen. Doch Le Pen kann für seine Taten nicht mehr belangt werden: Diese sind in Frankreich sowohl verjährt als auch Gegenstand einer Amnestie.

BhS, Paris ■

Jugendliche Flüchtlinge

Altersheraufsetzungen durch die Ausländerbehörde sind die Regel

Kurz nach der gewonnenen Bürgerschaftswahl im Herbst 2001 beauftragte Innensenator Schill eine Fachgruppe damit, Möglichkeiten zu erarbeiten, wie bei unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen „die Altersfestsetzung optimiert werden kann" (PM v. 4.2.2002). Das Arbeitsergebnis der Fachgruppe lässt sich in einem Wort zusammenfassen: Älter machen!

So wird den Altersangaben der Flüchtlinge grundsätzlich nicht geglaubt und vorgelegte Papiere werden pauschal als Fälschungen bezeichnet. Auch Jugendliche, die bereits als unter 16-Jährige angesehen wurden und in Jugendhilfeeinrichtungen leben, werden nachträglich für älter erklärt. Besonders betroffen sind inhaftierte Jugendliche, die sich gegen solche Altersheraufsetzungen noch weniger als andere Jugendliche wehren können. Sie bekommen dann keine Unterstützung mehr durch die Jugendgerichtshilfe und werden aus der Jugendhaftanstalt in das Untersuchungsgefängnis bzw. in ein Gefängnis für Erwachsene verlegt – und eher früher als später abgeschoben.

Wie die folgende Tabelle zeigt, akzeptiert die Ausländerbehörde inzwischen eine Altersangabe unter 16 Jahren nur noch in ganz seltenen Fällen. Die genannten Zahlen hat *Die Welt* am 12. Juni aufgrund von Angaben von Thomas Model, Sprecher der Innenbehörde, veröffentlicht.

Jahr	Anzahl der jugendlichen Flüchtlinge Alter nach eigenen Angaben unter 16 Jahre	Ausländerbehörde Anzahl der Altersheraufsetzungen auf über 16 Jahre	Anteil der Altersheraufsetzungen der Ausländerbehörde
2001	952	599	63 %
2002	500	402	80 %
1-4/03	134	116	87 %

Wie die Ausländerbehörde zu ihren Altersfestsetzungen kommt, ist abenteuerlich. In der Regel geschieht dies durch „Inaugenscheinnahme" ihrer SachbearbeiterInnen. Im Zweifelsfalle seit Anfang letzten Jahres auch durch das Institut für Rechtsmedizin im UKE, das in der Vergangenheit fast immer die Einschätzung der Ausländerbehörde bestätigte. Begutachtet werden Weisheitszähne, Bartwuchs, Körpergröße, die Sexualorgane und die allgemeine körperliche Entwicklung. Diese Methoden der Altersfeststellung sind unter Experten umstritten, weil sie allenfalls „für weiße Mitteleuropäer gelten mögen, aber nicht für Menschen, die aus ganz anderen Kulturen kommen". Einigkeit besteht aber darin, dass diese Methoden keine exakte Altersangabe zulassen, sondern höchstens eine ungefähre Feststellung von +/- 2 bis 3 Jahren möglich ist.



Für die jugendlichen Flüchtlinge haben die Altersheraufsetzungen existentielle Auswirkungen. Sind sie 16 Jahre alt und jünger, dürfen sie in Hamburg bleiben, haben Anspruch auf eine jugendgerechte Wohnung und einen Vormund. Nach dem vollendeten 16. Lebensjahr sind sie dagegen gemäß Asylverfahrensgesetz „asylmündig". Das bedeutet, dass sie für deutsche Behörden als volljährig gelten – im Gegensatz zu Jugendlichen mit deutschem Pass, die bis zum 18. Lebensjahr minderjährig sind, und im Widerspruch zur UN-Kinderrechtskonvention. Als Volljährige haben die jugendlichen Flüchtlinge keinen Vormund, der sie im Asylverfahren unterstützt, sie werden in Flüchtlingslagern untergebracht und können auf andere Bundesländer „umverteilt" werden - oft ohne die Möglichkeit zum Schulbesuch.

Die Möglichkeit, die Altersheraufsetzung der Ausländerbehörde von einem unabhängigen Arzt und kostenlos überprüfen zu lassen, haben die jungendlichen Flüchtlinge seit dem Wahlsieg von CDU/Schill/FDP auch nicht mehr. Die Ausländerbehörde akzeptiert nur noch ärztliche Gutachten vom oben genannten Institut für Rechtsmedizin, also dem Institut, das im Auftrag der Innenbehörde das „Ältermachen" medizinisch begründet. Und weil der Senat die ärztliche Überprüfung der Altersheraufsetzung als Inanspruchnahme von „missbräuchlich sozialen Leistungen" ansieht (Drs. 17/ 1119), müssen die Jugendlichen seit dem 1. Juli 2002 für das ärztliche Gutachten bezahlen: 75 Euro für bestätigte „mindestens 16" und 150 Euro für bestätigte „mindestens 18 Jahre" alt. Die Flüchtlinge bekommen das Geld nur zurück, wenn das Institut ihre Angaben bestätigt. Dass die Jugendlichen unter diesen Umständen kaum noch eigene ärztliche Gutachten einholen können/wollen, liegt auf der Hand. Von Januar bis April dieses Jahres hatten sich nur zwei Jugendliche zu diesem Schritt entschlossen. Für die Schreiberlinge des oben erwähnten „Welt"-Artikels ein Indiz für „den Missbrauch des Asylrechts durch scheinbare Jugendliche".

Das „Ältermachen" hat für die Jugendlichen noch eine weitere Konsequenz. Die Ausländerbehörde hat mit ihrer Altersfestsetzung gleichzeitig eine (angeblich) falsche Altersangabe des Jugendlichen „nachgewiesen". Er erfüllt damit den Straftatbestand der „mittelbaren Falschbeurkundung" und gilt damit als Krimineller. *bab* ■

Asylbewerberheim brannte vollständig nieder

Grimma. In Grimma (Sachsen) ist es in der Nacht zum Donnerstag in einem Asylbewerberheim zu einem Brand gekommen, bei dem zum Glück niemand verletzt wurde. Gegen 22 Uhr war das Feuer ausgebrochen. Die angerückte Feuerwehr konnte durch den hohen Holzanteil das Gebäude nur noch kontrolliert abbrennen lassen. Die Heimbewohner konnten sich selbst in Sicherheit bringen und sind jetzt in anderen Heimen untergebracht.

Derzeit wird ermittelt, ob der Brandursache ein Defekt oder eine Brandstiftung zu Grunde liegt. *H.S* ■

Protestaktion von „kein mensch ist illegal“ bei der Fronleichnamsprozession in Köln



ARBEITER FOTOGRAFIE

Hearing:

Rechtlos und illegal in Freiburg

Freiburg. Gutbesuchtes Hearing der Stadt zur Situation von Menschen ohne legalen Aufenthaltsstatus – Abzuwarten bleibt, welche Taten den Worten folgen ...



Flüchtlinge und MigrantInnen ohne Aufenthaltspapiere müssen ständig auf der Hut sein. Sie leben in entrechtetem und ungesichertem Status, sind gegenüber Behörden, Arbeitgebern und Vermietern schutzlos, leben in Angst vor Denunziation und Erpressung, weil ihre Entdeckung Bestrafung, Abschiebehaft oder die sofortige Abschiebung zur Folge hätte. Kinder können keine Schule und keinen Kindergarten besuchen, Jugendliche keine Ausbildung beginnen. Auf Initiative von SPD und Bündnis90/Die Grünen hat die Stadt Freiburg unter Leitung von Sozialbürgermeister Ulrich von Kirchbach (SPD) am 21. Mai erstmals ein öffentliches Hearing zur Situation der „Menschen ohne Aufenthaltsstatus" im Rathaus veranstaltet. Das Interesse war riesig, der Ratssaal platzte aus allen Nähten. Schon das zeigt, dass ein solches Hearing überfällig war.

Zahlen und Informationen zur Situation der illegalisierten Flüchtlinge standen am Anfang der Anhörung. Leben bundesweit etwa eine Million Menschen ohne legalen Aufenthaltsstatus in Deutschland, sind es im Raum Freiburg 500 bis 700 Illegalisierte. Nach einer Erhebung des Sozial- und Jugendamtes handelt es sich dabei überwiegend um alleinstehende, männliche Personen zwischen 20 und 35 Jahren, die Mehrzahl aus Osteuropa. Die Zahl der Kinder und Jugendlichen wird auf 60 geschätzt. Die allermeisten von ihnen sind keineswegs illegal eingereist, sondern hatten zu Beginn ihres Aufenthalts einen legalen Aufenthaltsstatus.

„Menschen in der Illegalität verhalten sich zwar rechtswidrig, dürfen aber nicht wie Rechtlose behandelt werden", forderte Hermann Uihlein vom Deutschen Caritasverband auf dem Hearing. Er forderte das Recht auf Schulbildung für die Kinder, das Recht auf Notaufnahme bei Obdachlosigkeit. Die Wohlfahrtsverbände dürften von ihrem eigenen Selbstverständnis her die Hilfe für Menschen in Not nicht von deren Rechtsstatus abhängig machen. Das gelte auch im Falle einer Erkrankung oder eines Unfalls. Bislang gibt es keine konkreten Lösungsansätze, die den Zugang zu medizinischer Versorgung für Menschen ohne Aufenthaltsstatus ermöglicht, kritisierte Joachim Stober von „Medinetz", eine Initiative, die kostenlose medizinische Hilfe vermittelt. „Illegalität macht krank" erklärte Stober. Und forderte einen niederschwelligen Zugang zu medizinischer Versorgung und „anonyme Krankenscheine", die eine Behandlung papierloser PatientInnen unter Wahrung der Anonymität sicherstellen. Ein solches Modellprojekt in Freiburg könnte Klarheit über die Kosten bringen und wäre wegweisend für die Bundesrepublik.



„Auch eine Erklärung der Stadt, dass die medizinische Unterstützung papierloser Migranten und Migrantinnen nicht strafbar ist und keine Meldepflicht seitens der behandelnden Ärzte oder des medizinischen Personals besteht, würden wir begrüßen", sagte Stober. Denn nach wie vor würden hilfesuchende MigrantInnen von Ärzten an die Behörden ausgeliefert, wie Rechtsanwalt Konstantin Thun schilderte. So sei vor kurzem eine hochschwangere Frau an der Pforte zur Geburtsstation in Freiburg vom Bundesgrenzschutz in Empfang genommen worden, weil die Klinik die Behörden alarmiert hatte.

Offizielle Beratungsmöglichkeiten für Menschen ohne Papiere fehlen völlig", kritisierte auch Birgit Heidtke von „Rasthaus". Dass eine Mitarbeiterin von „Rasthaus" auf dem Hearing sprechen konnte, ist bemerkenswert. Hatte es die Stadt im vergangenem Jahr doch noch abgelehnt, der Initiative ein städtisches Haus zur Umsetzung des „Rasthaus-Projekts" zu verkaufen – obwohl die Finanzierung des Projekts gewährleistet war. Immerhin hat Bürgermeister von Kirchbach einige Maßnahmen zur Verbesserung der Situation illegalisierter Menschen angekündigt: die Einsetzung einer gemeinderätlichen Arbeitsgruppe, die die Handlungsmöglichkeiten der Stadt ermitteln soll, eine Info-Broschüre, ein Rundschreiben an Behörden und städtische Einrichtungen zum Umgang mit Papierlosen sowie die Produktion von Filmspots, die über die Situation rechtlos lebender Menschen aufklären sollen. Welche der Vorhaben in die Tat umgesetzt werden, bleibt abzuwarten. Immerhin hat die Stadt jetzt einige konkrete Projekte in Aussicht gestellt, an die man sie erinnern kann, falls sich nichts bewegt.

Martin Höxtermann ■



Neonazis tummeln sich bei einer Anti-Flüchtlings-Demonstration

KÖLN. Am Samstag, dem 28. Juni, demonstrierten ca. 400 Poller Einwohner gegen das Flüchtlingslager in der Salmstraße. Im Vorfeld der Kundgebung und Demonstration hatten die Veranstalter mit einem üblen, ausländerfeindlichen Flugblatt auf sich aufmerksam gemacht und die Abschiebung von kriminellen Flüchtlingen gefordert. Deshalb tummelten sich auch die Neonazis von der „Bürgerbewegung Pro Köln" auf der Demonstration. Ca. 50 Personen vom Rom e.V., kein mensch ist illegal, antifa-k, PDS und andere protestierten gegen dieses Bündnis und kritisierten die Veranstalter und die Kölner Polizei, denn zahlreiche Neonazis konnten sich auf der Kundgebung und Demonstration ungestört bewegen und mit rassistischen Parolen die aufgeheizten Poller weiter aufhetzen. Weder der Veranstalter noch die Polizei drängten diese Leute ab.

Das Ratsmitglied der PDS Offenen Liste Jörg Detjen meinte: „Ich fand es schauerlich, dass die Demonstration durch die Salmstraße direkt am Flüchtlingsheim vorbeizog. So etwas heizt den Konflikt nur noch an. Die Situation erinnert mich sehr stark an 1989, als Neonazis die Stimmen von konservativen, frustrierten Bürgern einsammelten und mit über 7% in den Rat der Stadt Köln einzogen. Hier tickt eine Zeitbombe, das sollte sich vor allem die CDU vergegenwärtigen." Der Ratsbeschluss zur Unterbringung der Flüchtlinge, der mit großer Mehrheit im Rat der Stadt Köln im Juni verabschiedet wurde, muss jetzt rasch umgesetzt werden und die Unterbringung von vielen Flüchtlingen in Poll muss dabei berücksichtigt werden. Der Ratsbeschluss sieht die Auflösung des Flüchtlingslagers in der Salmstraße und des Flüchtlingsschiffes in Deutz vor. PDS und Grüne forderten im Stadtrat immer wieder eine dezentrale Unterbringung von Flüchtlingen im ganzen Stadtgebiet.

Der Rom e.V. will sich jetzt in den Konflikt einschalten und will mit den Anwohnern am 9. Juli im Evangelischen Gemeindehaus diskutieren.

„Pro Köln" feiert auf seinen Internet-Seite die Demonstation in Poll und arbeitet schon an der nächsten Hetzkampagne. Ende Juli soll in Köln-Poll das bundesweite „6. antirassistische Grenzcamp" stattfinden. Auf einem Flugblatt, das „Pro Köln" an die Poller Bevölkerung verteilt, wird kräftig gehetzt: „Zu den liebsten Freizeit-Beschäftigungen der selbsternannten ‚Antifaschisten' gehört es, Mercedes-Sterne von PKWs abzubrechen und einzusammeln."

Ohne dass alle politischen Kräfte in Poll diesen Hetztiraden entgegentreten, wird sich die öffentliche Meinung nicht ins Positive wenden. *jöd* ■

:aus der faschistischen presse

Möllemanns neue Partei

Junge Freiheit Nr. 20/03
vom 20. Juni 2003

Der Tod Möllemanns bestimmt auch diese Ausgabe. *Doris Neujahr* kommentiert wahrhaftig blutrünstig: „Möllemann mahnte, dass ‚auch unser Land schnell (in einen neuen Nahost-Krieg) hineingezogen werden könnte' ... Damit hatte Möllemann mittelbar die geschichtspolitischen Dogmen als den Hauptgrund für die politische Infantilität Deutschlands benannt ... Als er dann noch an die Öffentlichkeit trug, Westerwelle stünde unter dem Druck des Mossad, war klar, dass man ihn als eine politische Leiche zu betrachten hatte. Sein physischer Tod hat die Grenze der Rede- und Handlungsfreiheit in Deutschland nur noch mit Blut nachgezeichnet. Wem dieses mutlose, verblödete, arme Deutschland am Herzen liegt, wird sie trotzdem überschreiten müssen." Mit Blut? Dies ist ein menschenverachtender, zynischer Kommentar. Auf Seite 2 veröffentlicht das Blatt ein Interview mit dem angeblichen Möllemann-Vertrauten *Hans-Joachim Kuhl*, der über Pläne für die Gründung einer neuen Partei berichtet: „Darüber war noch nicht entgültig entschieden, es stand Spitz auf Knopf ... In Thüringen gab es sehr viele begeisterte Menschen, die mit Möllemann einen neuen Schritt wagen wollten. Dort wäre es bei den Landtagswahlen 2004 für uns wohl relativ leicht gewesen, ein gutes Ergebnis zu erzielen ... Die Struktur einer neuen Partei und die Wahltermine hatten wir bereits weitgehend analysiert." Noch ist das Projekt nicht ganz aufgegeben: Auf die Frage wie eine Möllemann-Partei ohne Möllemann agieren könne, antworte Kuhl: „Zugegeben, das ist schwierig, aber angesichts des Zuspruchs aus der Bevölkerung nicht undenkbar. Wir verzeichnen derzeit täglich über 10.000 Besucher auf unserer Internetseite!". Auf die Frage des Blattes: „Hat er je etwas über die unverhältnismäßig starke mediale und moralische Stellung des Zentralrats der Juden in Deutschland gesagt?" erklärt Kuhl: „Nur im privaten Kreis." Der Inhalt sei privat.

Björn Schumacher lässt sich im Blatt darüber aus, wie eine Migrationspolitik aussehen könne, die die für ihn so lästigen Bestimmungen des Grundgesetzes (Freie Entfaltung der Persönlichkeit und Glaubens-, Gewissens- und Bekenntnisfreiheit) aushebeln kann. Er fordert nur denjenigen eine unbefristete Aufenthaltserlaubnis zu erteilen, die seine Vorstellungen von Integration erfüllen: „Folgende unabdingbare Integrationsmerkmale lassen sich ... ableiten: erstens gute deutsche Sprachkenntnisse, zweitens das ernsthafte Bemühen um ausreichendes Erwerbseinkommen, drittens die uneingeschränkte Akzeptanz elementarer Verfassungsmaximen wie Menschenwürde, Freiheit und Gleichheit einschließlich der ihren Schutz verbürgenden Staatsziele Demokratie, Rechts- und Sozialstaat, viertens ausreichende Informationen über die gesamte (also nicht auf die Jahre 1933 bis 1945 beschränkte) deutsche Geschichte und Kultur sowie fünftens – daran anknüpfend – die vorbehaltlose Respektierung ... aller christlichen, ethischen, ästhetischen Grundwerte Mitteleuropas, sechstens die Beachtung deutscher Konventionen im Umgang mit der angestammten Bevölkerung ⟶

Der Herausgabekreis und die Redaktion sind zu erreichen über:
GNN-Verlag, Zülpicher Str. 7, 50674 Köln Tel. 0221 / 21 16 58, Fax 0221 / 21 53 73.
email: antifanachrichten@netcologne.de, Internet: http://www.antifaschistische-nachrichten.de
Erscheint bei GNN, Verlagsges. m.b.H., Zülpicher Str. 7, 50674 Köln. V.i.S.d.P.: U. Bach
Redaktion: Für Schleswig-Holstein, Hamburg: W. Siede, erreichbar über GNN-Verlag, Neuer Kamp 25, 20359 Hamburg, Tel. 040 / 43 18 88 20. Für NRW, Hessen, Rheinland Pfalz, Saarland: U. Bach, GNN-Verlag Köln. Baden-Württemberg und Bayern über GNN-Süd, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711 / 62 47 01. Für „Aus der faschistischen Presse": J. Detjen c/o GNN Köln.
Erscheinungsweise: 14-täglich. Bezugspreis: Einzelheft 1,30 Euro.
Bestellungen sind zu richten an: GNN-Verlag, Zülpicher Str. 7, 50674 Köln. Sonderbestellungen sind möglich, Wiederverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Die antifaschistischen Nachrichten beruhen vor allen Dingen auf Mitteilungen von Initiativen. Soweit einzelne Artikel ausdrücklich in ihrer Herkunft gekennzeichnet sind, geben sie nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder, die nicht alle bei ihr eingehenden Meldungen überprüfen kann.

Herausgabekreis der Antifaschistischen Nachrichten: Anarchistische Gruppe/Rätekommunisten (AGR); Annelie Buntenbach (Bündnis 90/Die Grünen); Rolf Burgard (VVN-BdA); Jörg Detjen (Forum kommunistischer Arbeitsgemeinschaften); Martin Dietzsch; Regina Girod (VVN - Bund der Antifaschisten); Dr. Christel Hartinger (Friedenszentrum e.V., Leipzig); Hartmut-Meyer-Archiv bei der VVN - Bund der Antifaschisten NRW; Ulla Jelpke; Jochen Koeniger (Arbeitsgruppe gegen Militarismus und Repression); Marion Bentin, Edith Bergmann, Hannes Nuijen (Mitglieder des Vorstandes der Arbeitsgemeinschaft gegen Reaktion, Faschismus und Krieg – Förderverein Antifaschistische Nachrichten); Kreisvereinigung Aachen VVN-BdA; AG Antifaschismus/ Antirassismus in der PDS NRW; Angelo Lucifero (Landesleiter hbv in ver.di Thüringen); Kai Metzner (minuskel screen partner); Bernhard Strasdeit; Volkmar Wölk.

und siebtens ... die allmähliche Identifikation mit dem deutschen Adoptiv-Vaterland.“ Das Ausländerrecht solle diejenigen, die mangelnden Willen oder mangelnde Fähigkeit zur Unterwerfung unter diesen Leitkulturterror zeigen, mit Sanktionen bestrafen. Außerdem sei unbedingt nötig „eine Rückkehr zum traditionellen, Identität und Zusammengehörigkeitsgefühl wahrenden Staatsangehörigkeitsrecht. Deutscher Staatsbürger darf nur werden, wer von deutschen Eltern abstammt.“ Selbst mit der Adoption ins Vaterland ist es also nicht weit her, wenn sich irgendjemand den Vorstellungen Schumachers unterwerfen würde. *uld* ■

„Realistische Friedenspolitik“: Mit Atomwaffen gegen die USA

Nation & Europa 6-2003

Franz Schönhuber hat eine Idee. Sie ist zwar nicht neu oder sonderlich originell, wird aber immer mal wieder aus der historischen Mottenkiste geholt: Die Querfrontstrategie. Im Juniheft von „Nation & Europa“ will der frühere Republikanerboss „das Lagerdenken überwinden“:

„Zunächst sollten deutsche Patrioten begreifen, daß sich die Welt nicht mehr in links und rechts teilt, sondern in oben und unten. Und wir gehören zu den als ‚unten‘ geführten. Daraus folgt, daß wir versuchen müssen, uns mit jenen zusammenzutun, die sich ebenfalls in diesem Bereich bewegen. Das heißt: Uns muß endlich der Ausbruch aus dem traditionellen rechten Lager gelingen....Dabei müssen zunächst einige Stereotypen zur Seite geschoben werden. Zunächst, daß Patriot nur sein kann, wer rechts steht. Patrioten gibt es sogar in der PDS.“

Bei dem Versuch, die Linke zu umarmen, schreckt Schönhuber nicht einmal davor zurück, deren Symbole vereinnahmen zu wollen: „Ich entdecke immer mehr die Kraft des mitreißendsten Kampflieds, das uns die Geschichte geschenkt hat: die Internationale. Mit ihrem Aufruf zum ‚letzten und entscheidenden Kampf‘. Nun mag vielleicht der eine oder andere denken, ist denn der Autor verrückt geworden, propagiert da ein bolschewistisches Kampflied. Irrtum! Die Internationale entstand 1871 in Frankreich nach der blutigen Niederschlagung des Aufstandes der Kommunarden, die für eine Verbesserung der nationalen und sozialen Verhältnisse auf die Barrikaden gegangen waren“.

Aber wofür und wogegen will der N&E-Kolumnist rechte und linke „Patrioten“ zusammenfassen? Den gemeinsamen Feind stellen die USA mit ihren „kolonialen Ansprüchen“ und ihrer „ ‚hire and fire‘-Mentalität: Einstellen und Rausschmeißen! Leistung ist alles, wer nicht mitkommt bleibt auf der Strecke, soziales Engagement ist ein rührseliges Relikt aus Opas Zeiten“. Und da man bekanntlich bei Hilfstruppen nicht zimperlich sein darf, soll Russland gegen die einzig verbliebene Supermacht helfen: „Trotzdem muß weiter um eine Partnerschaft mit Rußland gerungen werden. Schreckliche Kriegserlebnisse, so verständlich die Reaktionen auf sie auch sein mögen, dürfen kein Hinderungsgrund sein. Allein die Tatsache, daß Rußland im Besitz atomarer Waffen ist, könnte Europa einen gewissen Schutz gegen weitere amerikanische Aggressionen gewähren. Dabei muß auch das Tabu gebrochen werden, daß Deutschland über keine Atombomben verfügen dürfe“. Damit ist die Katze aus dem Sack. *Schönhuber* kennt keine Linken und Rechten mehr, ist begeistert von der „Internationalen“, ist sogar bereit, Rußland den Nazi-Überfall zu verzeihen – alles, um endlich wieder an eigene, deutsche Atomwaffen zu kommen. Aber er wird sich täuschen: Nach wir vor ist die Welt in links und rechts aufgeteilt, in Faschisten und Antifaschist(inn)en, in Humanität und Barbarei. Auf welcher Seite Schönhuber steht, ist klar und kein noch so betörender Sirenengesang wird etwas an dieser Überzeugung ändern.

Zu gleichen Schlüssen wie Schönhuber, aber mit deutlich weniger Pathos, kommt *Karl Richter*, der „für eine realistische Friedenspolitik“ wirbt und fragt: „Warum soll man nicht ‚antiamerikanisch‘ sein dürfen?“. Seie Vorstellung von „Friedenspolitik“ sieht so aus: „Wer heute und in absehbarer Zukunft Frieden nicht auf Helotenbasis, sondern auf der Grundlage eigener Souveränität will, muß die Konfrontation mit den USA mitdenken... ergeben sich eindeutige Prioritäten für Deutschland und Europa: Auf politischer Ebene: die klare Präferenz für alles, was Europas Unabhängigkeit von den USA stärkt und die amerikanischen Möglichkeiten begrenzt, in Europa störenden Einfluß zu entfalten. Unbedingt zu vertiefen ist deshalb die noch in den Anfängen steckende ‚Achse‘ Paris-Berlin-Moskau sowie jede Form einer eigenständigen europäischen Verteidigungs- und Sicherheitspolitik.... Konkret bedeutet das: jeder potentielle Gegner der USA braucht heute neben Atomwaffen ‚intelligente‘, präzise und wirksame Kampf- und Unterstützungssysteme auf jeder Ebene der konventionellen Kriegführung, um die Schwergewichte der amerikanischen Militärmaschine am Boden und in der Luft auf Distanz zu halten“.

Ganz Deutschland feierte um den 17. Juni herum den fünfzigsten Jahrestag der Streiks und Demonstrationen in der damaligen DDR, N&E darf da natürlich nicht fehlen: „Einer aus der Friedrichstraße war das Mitglied des ZK der SED, Mitglied der Akademie der Künste, Volkskammerabgeordneter und Nationalpreisträger Kurt Barthel...Er hatte unter dem Namen ‚Egon David‘ von 1937 bis 1941 in der Jüdischen Liberalen Jugendorganisation mitgewirkt... Ein anderer aus der Friedrichstraße wurde verprügelt von Berliner Arbeitern: der amerikanisch-jüdische Schriftsteller Stefan Heym. 1952 hatte der US-Umerziehungsoffizier, der eigentlich Helmut Flieg hieß, die DDR um Asyl gebeten.... Stephan Hermlin, der eigentlich Rudolf Leder hieß und wie Heym der deutsch-jüdischen Bourgeoisie entstammte, traf der 17. Juni 1953 wie ein Donnerschlag“. Der Autor dieser antisemitischen Schmierereien heißt Wolfgang Strauss und wird so vorgestellt: „1931 in Libau/Lettland geboren und 1941 nach Deutschland umgesiedelt, schloß sich als Gymnasiast der Liberaldemokratischen Partei in der ‚DDR‘ an. Wegen antistalinistischen Widerstands wurde er 1950 verhaftet und von einem sowjetischen Militärtribunal in Schwerin zu 50 Jahren Zwangsarbeit verurteilt...“. Es gab also auch zu Lebzeiten Stalins Urteile, für die man selbst 53 Jahre später noch Verständnis aufbringt.

tri ■